

Workshop Im Wettlauf mit der Wahrheit

- Lebensmittelsicherheit als Thema von Wissenschaft, Politik und Journalismus -

Eine Veranstaltung
am 29. Oktober 1997
in Münster

**Werkstattbericht 3
der Stockmeyer Stiftung
für Lebensmittelforschung**

Vorwort

Ein wesentliches Ziel der Stockmeyer Stiftung ist die Stärkung des Verbrauchervertrauens in die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln. Dazu unterstützt sie die wissenschaftliche Lebensmittelforschung und auch den Transfer deren Ergebnisse in die Politik und Praxis. Die Förderung des Dialogs zwischen Wissenschaftlern und Entscheidungsträgern bzw. Verantwortlichen in der Politik, der öffentlichen Verwaltung, den Verbänden, den Medien und der Lebensmittelwirtschaft ist deshalb ein wichtiges Anliegen der gemeinnützigen Stiftung.

Die Politik und die Berichterstattung in den Medien zu Fragen der Lebensmittelsicherheit haben in jüngster Zeit zu erheblichen Verunsicherungen der Verbraucher, aber auch in den Lebensmittelwirtschaft geführt. „BSE“, „Schweinepest“, „Salmonellen“ oder „Badge in Konserven“ sind nur einige Beispiele für öffentliche Diskussionen, die das Vertrauen der Verbraucher in bestimmte Lebensmittel schwinden ließen. Wissenschaftlich belegte Argumentationen und durch Forschung begründete Erkenntnisse können gerade heute maßgeblich zur Qualität und Effizienz der Gesundheits- und der Verbraucherpolitik und zu einer sachgerechten Arbeit der Medien beitragen.

Der Workshop „Im Wettlauf mit der Wahrheit - Lebensmittelsicherheit als Thema von Wissenschaft, Politik und Journalismus“ führte kompetente Vertreter der verschiedenen Arbeitsfelder zusammen, um Möglichkeiten und Chancen zur Verbesserung sachlicher Informationsarbeit und des notwendigen Dialogs im Dienste der Lebensmittelsicherheit zu erörtern.

Durch diesen Bericht werden die im Workshop gehaltenen und diskutierten Referate wiedergeben und einer breiteren (Fach-)Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Im Januar 1998

Sassenberg-Füchtorf

Kuratorium der
Stockmeyer Stiftung

Inhalt

	Seite
<i>Dr. Matthias Horst</i>	
Einführung in das Thema - Fragen und Thesen	4
<i>Michael Opoczynski</i>	
Industrie und Medien - zur Rolle des kritischen Journalismus	6
<i>Olaf Arndt</i>	
Über die unlogische Logik des Skandalberichts - oder: Meinungen sind Tatsachen	16
<i>Professor Dr. Heiko Steffens</i>	
Der Konsument in der Zwickmühle - Wem soll der Verbraucher trauen?	33
<i>Dr. Werner Henning</i>	
Die Behörden: Schiedsrichter, Zeugen oder Zuschauer?	43
<i>Professor Dr. Johannes Friedrich Diehl</i>	
Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft zur Erreichung von Lebensmittelsicherheit - Anforderungen aus der Sicht der Wissenschaft	57
<i>Christian Wulff, MdL</i>	
Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft zur Erreichung von Lebensmittelsicherheit - Anforderungen aus der Sicht der Politik	72
Referenten - Moderation	83
Stockmeyer Stiftung für Lebensmittelforschung - Ziele und Aufgaben -	84
Bisherige Werkstattberichte	86

Dr. Matthias Horst

Einführung in das Thema - Fragen und Thesen

1. Lebensmittel gehen uns alle an; mit keinem Konsumprodukt kommt der Einzelne derart oft und intensiv in Berührung. An die Lebensmittelsicherheit werden höchste Anforderungen gestellt. Voraussetzung für gesunde Lebensführung und täglichen Genuß ist der richtige Umgang mit Lebensmitteln - individuelles, eigenverantwortliches Ernährungsverhalten.
2. Lebensmittel und Ernährung - ein politisches Thema. Wird es auch von der Politik richtig behandelt? In Deutschland gibt es hierzu nicht eine, sondern bis zu achtzehn Politiken (Bund, Bundesländer, EU). Populismus statt sachbezogener Politik? Werbewirksame Kirchturms- oder Regionalpolitik statt verantwortungsbewußtes Suchen nach Lösungen in der EU oder darüber hinaus?
3. Lebensmittel heute - u.a. ein Ergebnis hochqualifizierter Wissenschaft und Forschung von der Züchtung über die Verarbeitung, die Distribution bis hin zur Handhabung im Haushalt!

Die Wissenschaft spielt eine herausragende Rolle; sie muß frei von vordergründig politischen Einflüssen und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet in einem aufgeschlossenen, gesellschaftlichen Klima wirken können, eingebunden in die weltweite wissenschaftliche Gemeinschaft. Ein Ergebnis der Wissenschaft:

„Noch nie waren unsere Lebensmittel so sicher wie heute“.

4. Viele Verbraucher haben ein latentes Unbehagen. Ist eine kritische oder sogar negative Meinung gegenüber dem Lebensmittelangebot nicht sogar „in“? Will man sich damit vielleicht beruhigen, schmecken die heute in bisher nie gekannter Vielfalt angebotenen, Jahr ein Jahr aus verfügbaren Lebensmittel doch, so daß man sie schätzt und immer wieder nachfragt? Der Verbraucher nimmt einerseits „Convenience“ auch bei Lebensmitteln gern in Anspruch, er will aber andererseits nicht akzeptieren, daß dieses Angebot ohne „Hightec“ nicht möglich ist. Vielmehr hängt er nostalgischen Vorstellungen nach „Natürlichkeit“, „Hausmacher“, „Tradition“ etc. nach. Dies wird ihm auch oft in der Werbung suggeriert.

5. Tragen die Medien allein Schuld am schlechten Sicherheits-Image unserer Lebensmittel? Nein! Selbstverständlich gibt es Berichterstatter und Wertungen, die in tatsächlicher und wissenschaftlicher Hinsicht weit weg von jedweder Realität sind. Überwiegend ist aber in den Medien, bei den Journalisten die Bereitschaft zu einer sachlichen Auseinandersetzung vorhanden.

Lebensmittelsicherheit - kein Thema für

- den wissenschaftlichen Elfenbeinturm
- parteipolitische Profilierung
- Sensationsjournalismus.

Lebensmittel - ein schwieriges Thema, das unspektakulär, sachlich nüchtern und mit langem Atem behandelt werden muß. Es bedarf eines unvoreingenommenen Dialoges zwischen den Medien und

- der Wissenschaft, die in einfachen Worten ihr Tun und ihre Ergebnisse erklären sollte,
- der Politik, die der Versuchung des Populismus widerstehen sollte,
- der anbietenden Seite, die mehr als bisher informieren sollte,
- Verbraucherverbänden und Ernährungsberatern, die auf der Basis der Erkenntnisse der Wissenschaft ihrer wichtigen Aufgabe nachkommen sollten.

Für den notwendigen Dialog miteinander und mit der Öffentlichkeit sind mehr Sachlichkeit und weniger Sendungsbewußtsein, mehr Offenheit und weniger Missionieren und Indoktrinieren empfohlen.

Dann kann die Wahrheit über die Lebensmittelsicherheit den Wettlauf gewinnen.

Michael Opoczynski

Industrie und Medien – zur Rolle des kritischen Journalismus

Vorbemerkung 1: Ich bin der erste im heutigen Programm. Das ist anders als bei der Formel 1 keine günstige Position. Alle Nachfolger können sich auf mich beziehen. Schon um 10.15 Uhr heißt es: „Über die unlogische Logik des Skandalberichts“. Und ich bin nur noch zur Passivität verurteilt. Das ist eine unglückliche Positionierung. Ich habe sie nicht zu verantworten. Aber ich werde versuchen, Sie – verehrte Nachredner, so zu verunsichern, daß Sie mir nichts nachreden können.

Eine Möglichkeit, beispielsweise, in Anlehnung an asiatische Kampftechniken: Ich werde Ihnen schon vorab recht geben. Das Schlimmste was Ihnen passieren kann. Sie haben dann nichts mehr zu sagen. Das beste, was mir passieren kann. Einverstanden?

Vorrede 2: Sie sind heute hier versammelt, um unter dem Motto „Im Wettlauf mit der Wahrheit“ über das Thema Lebensmittelsicherheit zu reden. Dazu kann ich nur begrenzt beitragen, nämlich insofern, als ich viel zum Wettlauf mit der Wahrheit sagen will, aber meine Sendung hat sich in der Vergangenheit mit Lebensmitteln nur zum Teil befaßt. Lebensmittelsicherheit ist nicht unser Hauptthema. Ich werde also allgemein und auch spezifisch darüber reden, wie wir mit unseren Themen umgehen, mit unseren Gesprächspartnern, mit der Pflicht zur korrekten Berichterstattung. Da kommt das Lebensmittel vor, aber nicht ausschließlich. Ich bitte um Verständnis: Ich bin im Sinne Ihrer Branche kein Spezialist. So viel vorweg.

Industrie und Medien – ein offensichtlich schwieriges Thema. Man hat mir diese Überschrift vorgegeben. Sie hätte auch lauten können: „Industrie versus Medien“. Das hätte ich auch ausgehalten.

Was ich jedoch ungern aushalte, ist ein allgemeines und mir immer wieder vorgehaltenes Lamento über die „schlimme Presse“. Da wird Yellow Press mit der FAZ in einem Atemzug genannt. Da wird Pastor Fliege mit Reich-Ranicki verrührt und Beigabe eines Spritzers Gottschalk und dann gefragt: all dies mit „unseren Gebühren“! Da wird sonntags die Grundversorgung der Öffentlich-rechtlichen beschworen und montags soll WISO kritisch sein – kritisch zu den jeweils anderen, bitte sehr!

Natürlich gibt es sie, die böse Presse. Aber, erstens, ich vertrete sie nicht. Und zweitens: Jeder Paparazzo hat Auftraggeber. Der Auftraggeber hat einen Verleger. Der Verleger findet Käufer. – Haben Sie auch diese Berichterstattung nach dem Tode Dianas verfolgt. Diese allgemeine Aufregung über die „Yellow Press“! Alle voller Abscheu über diese böse Journalisten! Wo waren sie geblieben, die Käufer von 13 Millionen Stück Schundpresse. 13 Millionen – wöchentlich!

Also bitte, lassen Sie uns einen Nenner finden: Wir wollen nicht auf „diese schlimme Presse“ schimpfen. Da kennt jeder Beispiele, die uns aber nicht weiterbringen. Lassen sie uns darüber reden, wie unter heutigen Bedingungen die Bedingungen für ernsthafte journalistische Arbeit aussehen. Über die Verantwortung des Journalisten. Über die Erwartungen, die wir Journalisten an Sie haben.

Beim Überprüfen der Einwände gegen uns wird doch nur zu oft der Wunsch deutlich, die Journalisten mögen vor der Krise des eigenen Unternehmens bitte sehr die Augen verschließen. Oder vor dem Mangel des eigenen Produkts. Oder vor dem eigenen jammervollen Service.

Als ließe sich das böse Faktum ungeschehen machen, wenn man nicht darüber berichtet wird. Ein kindliches Verständnis! Wenn mein kleiner Sohn die Augen schließt, glaubt er, er sei nicht da. Bei Erwachsenen ein schwerer Fehler. Wer vor einem Problem die Augen verschließt oder anderen verschließen will, riskiert, daß er aus der Krise, aus dem Skandal, nichts lernt.

Also nochmals die Thematik: „Industrie und Medien – zur Rolle des kritischen Journalismus.“ Kritischer Journalismus? Ich nehme ja bereits die Luft aus dem Thema, wenn ich mir den Begriff vornehme. Kritischer Journalismus – was verstehe ich darunter? Was war er denn, dieser kritische Journalismus? Von heute aus betrachtet lächeln wir nur noch, wenn wir die Leitartikel lesen, die vor vierzig Jahren geschrieben wurden. Oder in Aufzeichnungen die Fernsehjournalisten der siebziger Jahre erleben. Diese Prediger - mit ihrem Pathos!

Ja, sie waren nach eigenem Selbstverständnis sicherlich kritische Journalisten, ob sie Merseburger hießen oder Löwenthal oder sogar Karl Eduard von Schnitzler. Das Publikum heute hört nicht auf die Publizisten, die ihr Medium nutzen, um – nach eigener Einschätzung – die Welt zu verbessern.

Die jungen Journalisten von heute sprechen eine andere Sprache. Sie finden anderen Zugang zu Themen. Ihnen ist das Predigen fremd. Und das ist gut so, denn Prediger finden auch kaum Zugang zum Publikum von heute.

Keine kritischen Journalisten, also keine Kritik in der Presse? Nein, das ist keine zulässige Folgerung. Weh dem Politiker, der in die Fänge von Hauser & Kienzle gerät. Das duale Spott-System kann stärker treffen als die althergebrachte politisch eindeutig definierte Solonummer.

Die Berichtersteller von heute sind sehr kühl. Oder – in eigener Einschätzung – cool.

Die „kritischen Journalisten“ von heute sind sehr wohl engagiert. Sie verfolgen ein Thema vielleicht offener, auf jeden Fall intensiv. Im Idealfall werden sie unbeirrt die Argumente ihres Interviewpartners zerbröseln, wenn sie denn morsch sind. Sie werden nicht zögern, ein Thema investigativ zu verfolgen, auch wenn es Mühe macht, Ärger bringt und vielleicht werden sie dabei sogar Grenzen überschreiten, die früher nicht angetastet wurden.

Es sind Mauern gefallen. Auch für die Presse. Und das mag man bedauern oder begrüßen, egal. Es gilt, sich dessen bewußt zu sein, daß der Reporter von heute auch mal Regeln verletzt, wenn er ein Ziel verfolgt.

Was ist erlaubt? Wo ist die Grenze?

Ich habe heute technische Möglichkeiten, die früher undenkbar gewesen wären. Mit einem spezifischen Mikrofon kann ich Gespräche hören und aufzeichnen, die drei oder vier Räume von meinem Aufenthaltsort entfernt geführt werden. Ich kann in das Scharnier meiner Brille eine Miniatur-Optik einbauen lassen, die auch dem genauesten Betrachter vielleicht wie ein Schmuckstück erscheint, niemals jedoch wie das Objektiv einer Kamera. Während mein Gegenüber noch über meine merkwürdige Brille nachdenkt, ist er schon live auf Sendung. Denn diese kleine Optik ist Bestandteil eines winzigen Aufzeichnungsgeräts, das Bilder aufnimmt und/oder sendet. Ist der Einsatz erlaubt? Natürlich nicht. Oder höchstens erlaubt, wenn die andere Seite zustimmt. Aber dann kann man ja auch konventionelle Technik einsetzen.

Wird so etwas in der Praxis eingesetzt? Ohne Erlaubnis? Die Antwort: ein klares Ja! Diese Technik wird entwickelt, angeboten, vermarktet, weil es eine entsprechende Nachfrage gibt. Wird so etwas auch von uns eingesetzt? Also konkret: Wurde so etwas bei WISO eingesetzt? Die Antwort noch einmal ein klares Ja.

Also eindeutige Verstöße gegen rechtliche Bestimmungen? Anmaßung der Journalisten: sie treten auf wie Fahnder, Staatsanwälte, Polizisten? Mag sein, aber ich könnte Ihnen weitere Beispiele aus der Praxis nennen, um Sie umzustimmen.

Bevor wir detektivisch arbeiten, sind unsere Juristen gefragt. Nur wenn eindeutig klar ist, daß es um Betrugerei, Abzockerei - also Straftatbestände gehen kann, wird der Einsatz freigegeben.

Allerdings: mit derartiger investigativer Technik ist natürlich vorsichtig umzugehen. Tun dies alle, die sich in meiner Branche tummeln? Ich wage keine klare Antwort, habe aber Zweifel. Zu verlockend ist die Hoffnung auf das Enttarnen intimer Details.

Aber Sie haben Glück: Es richtet sich das allgemeine journalistisch-voyeuristische Interesse eher auf Menschliches und Zwischenmenschliches. Es gibt ja noch nicht einmal einen Wirtschaftsjournalismus im kommerziellen Fernsehen. Jedenfalls noch nicht.

Zurück zum Begriff vom „kritischen Journalismus“. Ich sage jetzt ich. Ich meine das Folgende sehr persönlich, zugleich aber nehme ich in Anspruch, daß es für meine Kolleginnen und Kollegen gilt: Ich verstehe mich als loyaler Mitarbeiter des ZDF. Ich mache meine Arbeit engagiert, voller Freude und – wie ich hoffe – ziemlich erfolgreich. Aber ich reklamiere für mich nicht den Begriff des „kritischen Journalisten“.

Ich sage Ihnen offen: Ich könnte morgen als Pressesprecher eines Industrieunternehmens arbeiten, ohne Skrupel, ohne Verlustängste, ohne Prestigeverlust. Vor allem auch hier wieder: vollkommen loyal.

Es kommt noch „schlimmer“: Ich könnte übermorgen wiederum ohne Probleme für eine Non-Profit-Organisation arbeiten. Für eine kämpferische Umweltorganisation zum Beispiel. Und ich würde diese Aufgabe ernst nehmen und mich nach Kräften für Ziele dieses Verbands einsetzen.

Hier liegt, glaube ich, der große Unterschied. Die Differenz zum journalistischen Selbstverständnis, wie es früher üblich war. Wie es heute noch die älteren Kollegen pflegen. Da, wo ich bin, ist mein Mittelpunkt. Dort, wo ich arbeite, versuche ich, mein Bestes zu geben. Dies ist nicht meine persönliche Solo-Nummer. Dies ist das Verständnis der heutigen Generation von Journalisten. Und damit kein Mißverständnis aufkommt: Wir sind nicht meinungslose Gesellen, wenn wir so denken. Wir verstehen uns als Profis, frei vom (meiner Ansicht nach falschen) Pathos vergangener Tage.

Für Sie, sofern sie die öffentliche Darstellung einer Branche, eines Verbands, eines Unternehmens betreiben, sollte dies Folgen haben.

Ich erlebe immer wieder, daß sich Pressesprecher mit ihrer Aufgabe überidentifizieren. Da ist so eine Art Hütehund-Mentalität: Wer dem Vorstandssprecher im Interview eine harte Frage stellt, der hat beim Pressemenschen verschissen. Wer dem Herrchen nicht permanent wohl will, der wird angeknurrt. Und zwar für immer, auf ewig!

Pressearbeit als Verhinderung von Berichterstattung ist für Sie nicht nur anstrengend. Sie ist sogar schädlich für die Interessenlage des Unternehmens. Der professionelle Öffentlichkeitsarbeiter sollte so kühl sein wie der Journalist. Er soll seine Einschätzung vom journalistischen Gegenüber für sich behalten. Wir wollen nicht geliebt und nicht gehaßt werden. Wir wollen Auskunft in einer oder mehreren Fragen. Der coole Öffentlichkeits-Profi hilft dem Presse-Profi und ansonsten läßt er nicht seine Gefühle heraus.

Noch besser: Wenn ein Unternehmen es sich leistet, den Journalisten zu vertrauen. Welch hohes Gut: Vertrauen!

Zum Tagesgeschäft gehört aber durchaus auch die Kontroverse, die Auseinandersetzung mit den Journalisten. Da gefällt mir im Umgang mit professionellen Pressesprechern deren Eigenschaft, sich mit mir heftig über ein Thema auseinandersetzen, mit mir in der Einschätzung völlig anderer Meinung zu sein, sich sachlich im guten Sinne zu streiten und beim nächsten Mal, bei einem anderen Thema, sind wir wieder streitbare Partner in einer anderen Sache.

Vielleicht ist hier der richtige Zeitpunkt, um die WISO-Berichterstattung über das Lebensmittel (ich sage es so pauschal) anzuführen. Ein Blick auf die Sendestatistik: in diesem Jahr sechs Berichte, vom Rundgang über die Anuga bis zum möglichen Zusammenhang zwischen kindlicher Diabetes und adaptierter Säuglingsnahrung. Pro Jahr also etwa sechs bis sieben Berichte, vom Anfang (also Landwirtschaft) bis zum Ende (also Einzelhandel oder Restaurant). Vorgewarnt durch die Tagesordnung habe ich mir nochmals die unterschiedlichen Genres angesehen.

Also: Wer blamiert sich, WISO-Reporter oder die Branche, wenn auf der Anuga ein Hersteller feststellt, in der Bier-Wurst sei ja auch kein Bier? Er war gefragt worden, warum in der Kalbsleberwurst keine Kalbsleber sei. Sie wissen warum und halten die Frage für unprofessionell. Aber unser Publikum, Ihre Kunden, wissen es nicht. Für die fragen wir, nicht für Sie!

Oder: Wer schadet der Branche: die WISO-Redaktion, die Herkunftsgarantien beim Rindfleisch auf den Prüfstand stellt? Oder die Handelsketten, die dazu die Drehgenehmigungen verweigern?

Oder, ist dies ein Beispiel für kooperative Öffentlichkeitsarbeit: Wir haben für unsere Sendung die Qualität von Lebensmitteln überprüft, die in Tankstellen angeboten werden. Mit aller Sorgfalt, also mit protokolliertem Kauf der Waren, mit Laborprüfung usw. Als sich Anhaltspunkte dafür ergaben, daß in Süßwaren Toluol oberhalb des Grenzwerts auftritt, informierten wir die betreffenden Hersteller und baten um Stellungnahme. Keine Antwort, trotz mehrfacher Nachfrage. Erst wenige Minuten vor Beginn der Sendung erreichte die Redaktion ein Fax, in dem behauptet wurde, der Hersteller habe seinerseits Proben genommen und keine Belastungen festgestellt. Ich frage noch einmal: Ist das kooperative Öffentlichkeitsarbeit?

Nun könnte der Eindruck entstehen, WISO widme sich nur dem skandalträchtigen Thema – auch beim Lebensmittel. Und deshalb nochmals die Auskunft aus der Statistik: dem ist nicht so. Wir haben über den Erfolg deutscher Delikatessen in Japan berichtet. Über den langsam wachsenden Erfolg ostdeutscher Lebensmittelhersteller.

Aber das wird gerne von streitlustigen Gegnern übersehen. Da werden journalistisch-handwerkliche Tricks angeführt, als Beispiele, bei denen immer alle nicken. Ich nenne die Beispiele selbst. Sie erinnern sich an meine Vorrede!

1. Es wurde ein langes Interview aufgezeichnet. Und dann wurden nur dreißig Sekunden gesendet. Völlig aus dem Zusammenhang gerissen! – Mag sein. Aber ich sage Ihnen aus Erfahrung, wie es auch sein kann: Der Interviewpartner hat minutenlang gestottert. Er fand kein Ende und keinen Anfang, kein Komma und keinen Punkt. Die dreißig Sekunden sind ein Akt der Gnade und Erfolg der digitalen Schnitt-Technik. Das gibt man im eigenen Unternehmen nicht gerne zu. Lieber auf das Fernsehen schimpfen.
2. Der Gesprächspartner ist im Interview vor der Kamera mit immer wieder der gleichen Frage konfrontiert worden. In leicht veränderter Form. Immer wieder – bis bei dem Gefragten der Blutdruck steigt. „Wieso fragte der immer wieder? Ja, will oder kann der nicht verstehen?“ Bis dann endlich ärgerlich geantwortet wird. Das – genau das – will der Reporter. Mit diesem letzten Statement zieht der Journalist von dannen, zu seinem Filmschnitt. Und in der Sendung sehen Sie dann einen Unternehmenssprecher, der auf eine scheinbar harmlose Frage ausrastet. – Ich sage Ihnen, wie es in Wirklichkeit ist, oft jedenfalls: Keine klaren Antworten, stattdessen ein Statement, das vom Blatt abgelesen wird, in der Anmutung genauso papiern wie das Ausgangsmaterial. Und dann kommt hinzu: nach dem Interview die große Erleichterung. Sie haben das Recht, nach Zusammenhängen und Kürzungen zu fragen. Aber Sie fragen nicht. Selber schuld! Es ist Ihr Fehler – nur einfacher ist es, die Presse zu beschimpfen.
3. Beispiel. Ist es erlaubt, mit einem Kamerateam so lange vor einem Unternehmen herumzulungern, bis endlich der Werksschutz kommt. Das ist es, was die Kamera braucht: den Wachmann, der die Journalisten verjagt. Das läßt sich in einen vorformulierten Zusammenhang rücken. Ist das erlaubt? Nun, es ist nicht direkt verboten, aber es ist kein ordentliches Handwerk. – Aber dazu kommt es doch nur, wenn zuvor mit dem Hammer „Wir sagen nichts“ zugeschlagen wurde.

Wer nichts sagt, soll dabei bleiben. Also bitte dann auch keine Verwunderung über die Folgen! Sie merken: ich verlasse hier vor diesem exklusiven Kreis meine Rolle. Ich bin auf dem besten Wege, Ihnen Tips für das Verhalten im Umgang mit Journalisten zu geben.

Aber dies ist kein Widerspruch. Denn anders, als Sie vielleicht bisher vermutet haben, liegt uns keineswegs daran, unser Gegenüber aufs Glatteis zu führen. Die beschriebenen Methoden sind unerfreulich. Es setzt eine erhebliche Konfliktbereitschaft unsererseits voraus, um so zum Ziel zu kommen. Und entgegen landläufiger Meinung sind Journalisten nicht streitbarer als Sie.

Und noch etwas: Sie können es von mir noch einmal hören, daß nicht jeder Journalist unangreifbar arbeitet. Sie sind nicht wehrlos. Inzwischen werden wir durchaus in Regress genommen, wenn wir Falschberichterstattung zulassen. Das trifft in meinem Fall nicht nur den Sender, sondern es gibt auch einen Zugriff auf den Redaktionsleiter. Ich muß verantworten, was gesendet wird. Das kann sehr konkret werden und wurde auch schon spürbar.

Nur bitte, im Falle der Beschwerde zunächst mal die eigenen Leute fragen. Gerade in diesen Tagen hat sich der Vorstandssprecher einer Bank bei mir beschwert, warum sein Haus nicht gefragt wurde, bevor berichtet wurde. Das sei doch journalistischer Mindeststandard. Und da hat er recht. Nun ist es aber doch peinlich, wenn ich antworte: „Es wurde gefragt! Mehrfach! Und zwar beim Kollegen X.“ Jetzt, vermute ich, hat Kollege X ein Problem, weil sein Vorstandssprecher sich blamiert hat.

Ich mache Ihnen jetzt, zum Schluß, ein wenig Hoffnung. Anders allerdings, als Sie vielleicht erwarten. Wir haben in diesem Jahr unseren investigativen Ansatz verstärkt. Noch nie wurden bei WISO so viele Tests durchgeführt, so viele Stichproben genommen, so viele anonyme Käufer auf den Weg gebracht. Bei den Zuschauern kommt dies an. Die Sendung hat einen wachsenden Marktanteil. Wir werden so weitermachen.

Das empfinden einige Unternehmen oder Institutionen als Bedrohung. Und ich halte das für berechtigt, wenn ein Unternehmen will, daß mangelhafte Ware oder mieser Service weiterhin verkauft werden sollen.

Aber – und jetzt kommt das Kapitel Hoffnung - für die vielen Unternehmen, die nach bestem Wissen und Können arbeiten, ist der investigative Journalist keine Gefahr. Im Gegenteil: er ist wie – ich nenne das mal so - wie eine kostenlose Schutzimpfung. Wer unserem Blick standhält, wer aus der Krise lernt, wer danach Produkte verbessert,

Strukturen verändert, der zieht einen Nutzen auch aus der scheinbar so lästigen Auseinandersetzung mit den Leuten von der Presse. Und wir vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen bieten Ihnen diese Impfung sogar zum Null-Tarif, finanziert aus den Gebühren unserer Zuschauer. Ich nehme Ihre Danksagung gegen Ende der Veranstaltung entgegen.

Im Ernst: das Management der Unternehmenskrise zeigt, ob die Öffentlichkeitsarbeit funktioniert. Ob der Pressesprecher wirklich sprechen darf, oder ob er der Hampelmann der Führung ist. So wie heute moderne Unternehmen erkannt haben, daß der Umgang mit den Kundenbeschwerden eine Quelle für Erkenntnisse sein kann, so gilt dies auch für das Handling einer Krise, eines Störfalls, einer Auseinandersetzung.

Sie sehen daraus, wie ich mir die Öffentlichkeitsarbeit eines Unternehmens wünsche: Ich wünsche mir eine Öffentlichkeitsarbeit, die mich (oder meine Redakteure/meine Sendung) ernst nimmt. Wer mit uns sachlich umgeht, wird sachgerecht ausgefragt werden.

Ich erwarte, angehört zu werden. Wer uns abwimmelt, aktiviert den Terrier. Wer uns belügt, wird uns neugierig machen. Wer beim Interview stottert, weckt kein Mitleid, sondern den Reporter-Instinkt. Und wer sich beschwert, wird nur dann ernst genommen, wenn die Beschwerde berechtigt ist und wenn sie an die richtige Stelle gerichtet wird.

Ich erwarte, daß Sie im Umgang mit der Öffentlichkeit Maßarbeit leisten. So, wie Sie mit einem Reporter einer Boulevard-Zeitung sprechen, können Sie nicht mit einem Fachjournalisten reden. Nutzen Sie die Unterschiede in Mentalität, Professionalität und Bedeutung Ihrer Kontaktpersonen. Mit anderen Worten: differenzieren Sie.

Ich erwarte, daß Sie ehrlich sind. Auch wenn es naheliegt, einmal nicht so ganz ehrlich zu sein. Ein Pressesprecher, ein Vorstandsmitglied, der sagt: „Ich weiß nicht...“, genießt unseren Respekt. Wer vorgibt, auf alles eine Antwort zu haben, erleidet einen Verlust an Glaubwürdigkeit, der seine gesamte Erscheinung betrifft. Also, sagen Sie „ich weiß nicht,“ wenn Sie nicht wissen. Kein Problem. Im Gegenteil!

Ja, Sie haben es in der Hand! Sie sind nicht Opfer einer journalistischen Mafia. Sondern Sie sind der aktive Teil in diesem Spiel. Nutzen Sie das journalistische Interesse für Ihre Zwecke. Und vor allem: passen Sie sich Ihrem Gegenüber an. Dann haben Sie nichts zu fürchten, aber viel zu erwarten.

Ich bin am Ende. In der sachlichen Hoffnung, meinem Nachredner eine böse Nachrede unmöglich gemacht zu haben. In der journalistischen Hoffnung, Sie nicht gelangweilt zu haben: Danke für Ihr Interesse!

Olaf Arndt

Über die unlogische Logik des Skandalberichts - oder: Meinungen sind Tatsachen

Mein Beitrag befaßt sich u.a. damit, wie Skandalberichte entstehen und welche Risiken sie für Unternehmen bedeuten. Ich möchte dabei auch ein wenig aus meiner Erfahrung als Unternehmensberater für Kommunikation darüber berichten, wie sich Unternehmen in Krisensituationen verhalten oder besser, wie sie sich eigentlich in Krisen nicht verhalten sollten.

Ich bin Geschäftsführender Partner bei Kohtes & Klewes in Düsseldorf, der größten deutschen Beratungsgesellschaft für Unternehmenskommunikation. Wir haben seit über 20 Jahren Erfahrungen in der Bewältigung der unterschiedlichsten Unternehmenskrisen; seien es Fälle von Sabotage, Erpressung, wirtschaftlichen Problemen, Management-Fehlern, Umweltkrisen, Produktrückrufen, Werkschließungen, mergers and acquisitions, unfriendly take-overs oder auch Krisen mit politischem Hintergrund.

I. Meinungen sind Tatsachen

Mit der schönen Aufgabe, heute zu Ihnen sprechen zu dürfen, habe ich den Titel „Die unlogische Logik des Skandalberichts“ übernommen. Ehrlich gesagt: Wie sicherlich viele von Ihnen, habe auch ich mir die Frage gestellt, was uns der Urheber damit eigentlich sagen will. Ich habe diese Frage für mich mit dem Leitmotiv von Kohtes & Klewes beantwortet, das in prägnanter Weise ein wesentliches Strickmuster der öffentlichen Meinungsbildung kennzeichnet: Meinungen sind Tatsachen.

Diese Erkenntnis ist gar nicht mal so neu. Schon der griechische Philosoph Epiktet hat etwa im Jahr 100 nach Christus eine Aussage gemacht, die ich als Kommunikationsberater auch - oder gerade - in der Ära der Massenmedien und des Nachrichten-Overkills voll unterschreiben kann: *„Es sind nicht so sehr die Tatsachen, die in unserem Sozialleben entscheiden, sondern Meinungen der Menschen über die Tatsachen, ja die Meinungen über die Meinungen.“*

Ich möchte das zu Beginn an einem kleinen Beispiel verdeutlichen. Sie erinnern sich möglicherweise an den Fall des Chemieunternehmens Kronos Titan, das Anfang der 80er Jahre aufgrund von Dünnsäureverklappung in die Nordsee negativ in die Schlagzeilen geraten war - Green-peace war am Zustandekommen der Publizität nicht unwesentlich beteiligt.

Grundsätzlich handelte Kronos rechtens: Die Verklappung war vom Gesetzgeber erlaubt, sie erfolgte in einem amtlich zugewiesenen Feld auf der Nordsee, und renommierte Wissenschaftler belegten, daß diese Form der „Entsorgung auf hoher See“ in Ordnung sei.

Aber, was wollen Sie machen, wenn gleichzeitig eine von Greenpeace emotional geführte Kampagne läuft und große auflagenstarke Magazine Titelfotos von sterbenden Robbenbabys mit der Überschrift „Es wird weiter verklappt“ veröffentlichen? Dann schlagen Emotionen die Fakten, Meinungen werden zu Tatsachen, und das Thema ist in der öffentlichen Meinung „durch“. Sie haben dann nur noch wenige Handlungsoptionen, um die Notbremse zu ziehen.

Ich weiß, daß gerade viele der stark rational denkenden und handelnden Naturwissenschaftler und Techniker in den Unternehmensführungen Probleme mit solch einer Feststellung haben und dies auch nicht akzeptieren wollen. Ich weiß auch, daß viele Manager die reinsten „Verdrängungsmechaniker“ sind, getreu nach dem Motto „Uns wird es ja schon nicht treffen“. Aber das ist ein Trugschluß.

Die Erfahrung zeigt, daß man die Aussage „Meinungen sind Tatsachen“ als Prämisse für die Entwicklung von Konfliktlösungs-Strategien akzeptieren muß, wenn man nicht gänzlich Schiffbruch erleiden will. Es gehört zum verantwortungsvollen Management, sich präventiv mit diesen Dingen auseinander zu setzen, denn jede Unternehmenskrise wird öffentlich.

Sie müssen in unserer heutigen Zeit, die von hochgradig wettbewerbsintensiven Marktstrukturen und immer komplexer werdenden politischen und gesellschaftlichen Systemen geprägt ist, berücksichtigen, daß es immer mehr Interessenten an der Verbreitung von Negativ-Informationen gibt. Das können andere Marktteilnehmer

ebenso sein wie Interessengruppen oder die Politik. Krisen können aber auch von frustrierten Managern, von Mitarbeitern oder Aktionären ausgelöst werden.

Diese Liste ließe sich noch beliebig fortsetzen. Wir beobachten aber auch, daß immer mehr Krisen inszeniert sind und aus wirtschaftlichen Interessengegensätzen entstehen. Erinnern Sie sich etwa an die Auseinandersetzung zwischen General Motors und Volkswagen, die für viele Außenstehende in keinsten Weise mehr nachvollziehbar war. Vor solchen Entwicklungen ist heute niemand mehr gefeit.

Jedem Manager muß bewußt sein, daß die Krise die dramatische Einschränkung der unternehmerischen Handlungsfreiheit bedeutet. Für mich als Unternehmer wäre es das Schlimmste, mich nur mit wenigen Handlungsoptionen begnügen zu müssen, die von der Krisensituation diktiert werden. Deshalb beginnt erfolgreiches Krisenmanagement mit dem Mut, der Fremdbestimmung durch die Krise zu entkommen und neue Handlungsoptionen zu definieren, denn: Es führen nur Wege aus der Krise, die neue Handlungsoptionen eröffnen. Dies gilt für grundsätzliche unternehmerische Weichenstellungen ebenso wie für die Entwicklung probater Kommunikationsstrategien.

II. Die Rolle der Medien in der synthetischen Welt der Publizität

Welche Rolle spielen nun die Medien in der heutigen synthetischen Welt der Publizität? Erich Böhme, der ehemalige Chefredakteur des Spiegel, hat es 1987 anläßlich der Barschel-Affäre ebenso prägnant wie lapidar auf den Punkt gebracht: „Die Dinge passieren, wir greifen sie auf und berichten darüber“ .

Nun, wenn ich Journalist wäre, würde ich das sicherlich auch so nonchalant ausdrücken. Aber wir wissen doch alle, daß sich die Medien heute längst nicht mehr mit der Rolle des Chronisten zufriedengeben. Journalisten haben doch längst das Selbstverständnis,

- auch Anwalt der Verbraucher zu sein und
- die Rolle eines Mahners der Öffentlichkeit einzunehmen.

Oder wie ist es sonst zu erklären, daß sowohl im privaten als auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen immer mehr Verbrauchermagazine mit eindeutiger Mission

über den Sender gehen? Und auch bei den Printmedien ist es doch längst nicht mehr allein die Bild-Zeitung, die für sich reklamiert, für den Verbraucher zu kämpfen. Wir lernen also daraus, daß die Medien immer stärker eine aktive Rolle bei der Mitgestaltung der Kommunikation über Risiken und Störfälle einnehmen. Die eindeutige Betonung liegt hierbei auf der Mitgestaltung.

Hierfür gibt es vielfältige Gründe. Lassen Sie mich einige Einflußgrößen auf die Publizität nennen:

1. Die *Nachrichtenfaktoren*. Jeder Journalist wird Ihnen sagen, daß nur er allein nach seinen eigenen Kriterien entscheidet, was gesendet oder geschrieben wird. Aber es muß doch einen Grund haben, daß von den vielen tausend Meldungen, die die Nachrichtenagenturen jeden Tag absetzen, z.B. in den Tageszeitungen immer nur die gleichen hundert veröffentlicht werden. Die Kommunikationsforschung hat seit etwa 30 Jahren eine Begründung hierfür. Sie hat 12 Nachrichtenfaktoren identifiziert, nach denen die Journalisten entscheiden, was über den Äther geht oder was ins Blatt kommt.

Einer davon ist der sogenannte *Negativismus*, was nichts anderes heißt, als daß Ausnahmen interessanter sind als „Normalfälle“.

2. Ein immer größer werdendes Problem ist der *Zeitdruck*, unter dem Journalisten stehen. Sowohl in den elektronischen als auch in den Printmedien werden die Redaktionen personell zunehmend ausgedünnt. Die Konsequenz: Die Journalisten haben immer weniger Zeit für eine gründliche Recherche. Hinzu kommt, daß die Redakteure ja in den meisten Fällen keine Fachleute in den entsprechenden Gebieten sind.

So wenden sie sich bei ihren Recherchen ganz einfach an diejenigen, die auch komplizierte Zusammenhänge schnell, komprimiert und häufig auch provokant darstellen können. Und das sind vielfach - auch aus Borniertheit heraus - nicht die Unternehmen, sondern Verbraucherschützer oder selbsternannte Verbraucherschützer.

3. Das korreliert mit einem ganz entscheidenden Phänomen, dem zunehmenden *Platzmangel*. Mein Vorredner, Herr Opoczynski, hat darüber berichtet, daß z.B. bei WISO kein Magazinbeitrag länger als drei Minuten ist. Einzelstatements über einer Länge von 30 Sekunden haben keine Chance. Einige von Ihnen haben daraufhin angemerkt, daß unter solchen Umständen ja wohl komplizierte wissenschaftliche Zusammenhänge nicht dargestellt werden können.

Das mag richtig sein, aber man muß akzeptieren, daß Medien entsprechend diesen Konventionen arbeiten, und wenn Unternehmen nicht in der Lage sind, ihre Botschaften auch in 30 Sekunden leicht verständlich an Zuschauer und Leser zu bringen, dann werden sie nicht zu den Gewinnern bei der Krisenbewältigung gehören.

Und im übrigen: Drei Minuten für einen Magazinbeitrag ist eine lange Zeit. Es gibt eine Fülle von Magazinsendungen, gerade im privaten Fernsehen, deren Beiträge wesentlich kürzer sind. Deren Journalisten unterliegen ganz einfach einem Zwang zur populären Vereinfachung. Ob Sie das seriös finden oder nicht, es ist nun einmal so. Auch die Zeitungen und Zeitschriften - selbst die seriösen - unterliegen solchen Konventionen.

Denken Sie an die Überschriften, die dem Diktat der Spaltenbreite unterliegen. In jede Zeitungsspalte paßt nur eine bestimmte Anzahl von Anschlägen, und das Wort „Skandal“ hat zufällig den „Charme“, besonders kurz zu sein. Versuchen Sie doch einmal, eine seriöse und korrekte Aussage, wie z.B. „Wissenschaftler haben Verdacht auf bakterielle Verunreinigungen in Babynahrung“ in eine knappe Überschrift zu packen. Daß aus diesem Thema in manchen Mediengattungen leicht die Überschrift „Skandal um Babynahrung“ oder „Pestizid-Skandal“ wird, mag Ihnen jetzt vielleicht deutlich werden.

4. Wir haben es mit dem ebenfalls nicht zu unterschätzenden Phänomen der *persönlichen Profilierung* von Redakteuren zu tun. Wir erleben deshalb immer mehr bewußte Festlegungen der Journalisten und auch bewußte Meinungsmache. Redaktionskonferenzen sind vielfach ein „Fegfeuer der Eitelkeiten“. Es gibt Redakteure, die „gebauchpinselt“ sind, wenn ihre Artikel mit Autorenzeile auf der Titelseite erscheinen, wenn sie den Kommentar auf Seite 2 oder den großen Hintergrundbericht auf Seite 3 schreiben dürfen. In manchen Fällen mag dies der Antrieb gewesen sein, um eine Geschichte aufzubauschen.

Aber sind etwa nur die Journalisten schuld an schlechter Presse?

Aus vielen Gesprächen mit Unternehmensvorständen wissen wir, daß es eine verbreitete Meinung im Management gibt, die da lautet: „Die Medien legen es ja doch nur bewußt darauf an“. Und deshalb „mauern“ viele Unternehmen, weil sie die Medien nicht für adäquate Gesprächspartner halten. Allerdings verkennen viele Unternehmer und Top Manager, daß die Ursachen für Krisen meistens im eigenen Haus oder im Umfeld des Unternehmens zu suchen sind.

Krisen kommen zwar in der Regel überraschend, doch sie haben immer eine Vorgeschichte, und Krisen stehen immer in einem wirtschaftlichen, politischen oder sozialen Kontext.

Wenn etwa ein Top Manager in der Energiewirtschaft quasi „über Nacht“ merkt, daß sich die Spielregeln in seiner Branche dramatisch verändern und der Wettbewerb zunehmend stärker wird, dann muß er sich an die eigene Nase fassen, wenn gleichzeitig seit mehreren Jahren in der Politik über die Liberalisierung der Energiemärkte diskutiert wird und es aus dem Ausland viele Beispiele von Unternehmenskrisen durch eine fortschreitende Deregulierung des Marktes gibt.

Als Berater - und damit auch Beobachter von Unternehmen - kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß Krisen meistens auch die Folgen von Management-Fehlern sind. Wenn Unternehmer das erkennen, statt sich häufig in endlosen Feindbilddiskussionen zu verzetteln, ist das ein entscheidender Schritt bei der Krisenbewältigung.

III. Konflikte - Krisen - Katastrophen: Der Skandal

Wir reden die ganze Zeit von Krisen. Aber noch längst ist nicht jeder Konflikt oder Störfall eine Krise. Aber leicht kann aus einem Konflikt eine Krise und anschließend auch eine Katastrophe werden, wenn die Problematik nicht rechtzeitig erkannt und entsprechend gehandelt wird.

Eine besondere Ausprägung der Krise ist der Skandal. Wir verstehen unter einem Skandal *das plötzliche Eintreten eines bis dahin unbekanntes Ereignisses mit Sensationscharakter*.

Was macht nun einen Skandal zum Skandal? Neben dem bereits schon angesprochenen Sensationscharakter ist hier vor allem die breite Aufmerksamkeit zu nennen, die mit einer Berichterstattung erzielt wird. Wir stellen auch fest, daß bei einem Skandal vor allem die niederen Instinkte angesprochen werden, und es gibt so etwas wie den „Robin Hood-Effekt“. Immer wieder stellen wir fest, daß sich bei Skandalen die Enthüller persönlich profilieren wollen.

Bei einem Skandal wird meistens ein Geheimnis oder ein vermeintliches Geheimnis offenbart. Wenn die Medien den für sie relevanten „Nutzwert“ des Skandals erkennen und es zu einer Veröffentlichung kommt, dann verselbständigt sich in den meisten Fällen das Thema. Vielfach setzt dann ein Überbietungswettbewerb der Medien ein.

Sie wissen, daß sich viele Medien eine Schlacht um die Gunst der Käufer am Kiosk liefern. Auflage wird immer mehr über Schlagzeilen gemacht. Und auch in den elektronischen Medien gehören diejenigen mit den reißerischen Schlagzeilen zu den Gewinnern um die Einschaltquoten.

Wir müssen es als ein Gesetz gewisser Medien akzeptieren, daß Schlagzeilen von Tag zu Tag „getoppt“ werden müssen. Aus dem Begriff „gefährlich“ wird dann etwa „hochgefährlich“ und am nächsten Tag ist der inkriminierte Stoff dann bereits „ultragiftig“, auch wenn die Fakten eine andere Sprache sprechen sollten.

Auch Unternehmen, die - ich sag einmal - das „Glück“ haben sollten, daß ein Problemthema von einer seriösen Zeitung aufgegriffen wird, können längst noch nicht davor gefeit sein, daß ihr Thema zu einem Skandal hochstilisiert wird. Es gibt mehr und mehr Trittbrettfahrer in den Medien, die sich auf das „Tuning“ von Problemgeschichten spezialisiert haben und Skandale vielfach konstruieren. Die Folge: Es kommt zu einem Verlust an echten Informationen, und die Wertungen überwiegen die Fakten.

Häufig werden Konfliktthemen auch auf Nebenkriegsschauplätzen ausgetragen. Das hat auch etwas mit den Konventionen der Medien zu tun. Nehmen Sie zum Beispiel seriöse Zeitungen, die feste Rubriken wie etwa „Das Fachwort“ oder „Das aktuelle Stichwort“ haben. Hier werden dann Themen vielfach zusätzlich zur eigentlichen aktuellen Berichterstattung aufgearbeitet - etwa als Chronologie, frei nach dem Motto „Was war denn in den vergangenen Jahren sonst noch?“

Für diese Rubriken gibt es bestimmte, feststehende Formate. Manche haben 40 Zeilen, manche haben 130 Zeilen. Und wenn einmal partout nicht 130 Zeilen sachlich gefüllt werden können, dann kann es eben passieren, daß rund um das Thema herum fabuliert wird. Dies muß der Berichterstattung nicht immer dienlich sein.

Wie sieht nun ein Skandalbericht konkret aus?

Vielfach ist er auf der Zeitungstitelseite positioniert oder wird als Auftaktmeldung in Hörfunk und Fernsehen präsentiert. Skandalberichte sind meistens mit stark übertriebenen Überschriften versehen oder werden entsprechend reißerisch in den elektronischen Medien anmoderiert. Emotionale Begriffe und Superlative kennzeichnen hier die Sprache. Bedrohungspotential wird etwa durch Aussagen wie „Geißel der Menschheit“, „Tod aus der Dose“, „Ultragift“, „Krebs durch Bier“ oder „absolut tödlich“ zum Ausdruck gebracht.

In den Texten finden sich Reizworte, die sinnbildlich für den Stil der Recherche stehen. Da wird etwa auf „exklusive Quellen“ oder „gut unterrichtete Kreise“ verwiesen, doch der Urheber wird nicht genannt. Pseudostatements ziehen sich dann meistens durch den weiteren Text. Sie haben sicherlich schon Aussagen gelesen, die in diese Richtung gehen, wie z.B. „Wie in der Branche bekannt ist.“ Bestätigen renommierte

Experten. Typisch für Skandalberichte ist ebenfalls, daß der Betroffene - wenn überhaupt - kaum zu Wort kommt.

Die textlichen Aussagen werden häufig durch emotionsheischende Fotomontagen oder eine entsprechende Bildauswahl abgerundet. Fotomontagen, die z.B. einen Kinderwagen mit dem Schild „radioaktiv verseucht“ zeigen, deuten darauf hin, daß hier Sachlichkeit bestimmt nicht den Fotoredakteur gelenkt hat.

Lassen Sie mich nun zur Ausgangsfragestellung meines Vortrages kommen: Was macht eigentlich die Logik von Skandalen aus?

Auf der einen Seite gibt es eine natürliche Neugier. Jeder von uns, jeder Bürger, jeder Konsument ist neugierig. Und Journalisten sowieso. Daran ist ja grundsätzlich auch nichts auszusetzen, im Gegenteil. Auf der anderen Seite gibt es ein Geheimnis. Kurzum, bei jedem Skandal gibt es ein Mitteilungs- und Informationsbedürfnis.

Für das Unlogische oder eher das Irrationale an Skandalen bzw. der Skandalberichterstattung gibt es ebenfalls Gründe. Auf der einen Seite registrieren wir eine perverse Gier nach Unglück. Die These „*Only bad news are good news*“ steht sinnbildlich hierfür.

Auf der anderen Seite gibt es so etwas wie die „Arroganz der Macht“. Diese Aussage soll provozierend für das Verhalten einiger Manager stehen, die bewußt eine Blockadepolitik in ihrer Öffentlichkeitsarbeit fahren, oder aber derart die Interessen ihrer Zielgruppen mißachten, daß sie sich einfach nicht wundern dürfen, wenn aus einem einfachen Problemfall schnell eine Krise oder gar ein Skandal wird.

Bei all dem muß berücksichtigt werden, daß es letztlich auch so etwas wie eine „Lust an der Vernichtung“ gibt. Journalisten, die nicht richtig informiert werden, schießen sich gerne auf ein Feindbild ein.

Ein Skandalbericht folgt somit häufig einer gewissen inneren Logik; seine Entstehungsgeschichte und sein Fortgang unterliegen aber vollkommen irrationalen Momenten. Während die Logik von Skandalberichten insbesondere in einem Mittei

lungs- und Informationsbedürfnis liegt, besteht die Unlogik häufig in einer gewissen „Lust an der Vernichtung“ .

Lassen Sie mich zusammenfassen:

- Der Skandalbericht gibt auf der einen Seite vor, Mißstände anzuprangern, aber in Wirklichkeit verunsichert er nur.
- Er gibt ebenfalls vor, den Verbraucher aufzuklären, aber in Wirklichkeit schürt er nur Emotionen.

Wir haben in einer Auswertung zahlreicher Skandalberichte festgestellt, daß sie im Gegensatz zu einem kritischen Bericht sehr häufig destruktives Potential enthalten. Während man häufig aus einem negativen Bericht, der sachlich ist, seine Lehren ziehen kann, zielt der Skandalbericht meistens nur auf Vernichtung ab. Skandalberichte entstehen vor allem dann, wenn die Unlogik die Logik überlagert.

IV. Konfliktlösungsstrategien: Möglichkeiten und Grenzen der Einflußnahme

Wie kann man nun dagegen vorgehen, oder besser, wie kann man von vornherein verhindern, daß aus einem Problemfall ein Skandal wird?

Ich möchte Ihnen drei Szenerien vorstellen, die in der Praxis immer wieder vorkommen:

1. der Schreck ohne Ende,
2. der Schreck mit Folgen und
3. der Schreck mit gutem Ausgang.

In allen Fällen gilt: Krisen haben immer ein offenes Ende. Es gibt zwar kein Patentrezept zur Krisenbewältigung, aber gewisse Berechtigung hat sicherlich der altbekannte Slogan: „Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt“ . Aus der Praxis möchte ich diesen Spruch leicht abwandeln: „Wer nicht handelt, lebt verkehrt“ .

Das trifft z.B. beim Szenario 1), dem Schreck ohne Ende, zu. Symptomatisch hierfür ist, daß die Verbraucher, die Leser oder Zuschauer von dem angegriffenen Unternehmen nicht ernst genommen werden. Das äußert sich vor allem, indem der Betroffene

lediglich Unverständnis für erhobene Vorwürfe zeigt und die Medien nicht richtig informiert.

Die Folge: Die Medien reagieren gereizt. Wenn sie nicht richtig informiert werden oder wenn sie auf ihre Fragen keine zufriedenstellenden Antworten erhalten, dann ist wilden Recherchen Tür und Tor geöffnet. Dann haben die Medien *ihr* Thema gefunden, und die Betroffenen haben die Sache nicht mehr im Griff. Die Medien werden dann alles versuchen, den Skandal eskalieren zu lassen - mit häufig fatalen Auswirkungen.

Es gibt viele Beispiele, daß Unternehmen in solchen Fällen spürbare wirtschaftliche Einbußen oder Imageverluste, deren langfristigen finanziellen Auswirkungen noch wesentlich dramatischer sein können als die direkten wirtschaftlichen Einbußen, erleiden.

Unserer Einschätzung nach trifft das auf das schwäbische Familienunternehmen Birkel zu, das in den 80er Jahren in den sogenannten „FlüssigEi-Skandal“ verwickelt war. Erinnerung wir uns: Der damalige Stuttgarter Regierungspräsident hatte medienwirksam den Vorwurf erhoben, bestimmte Nudelsorten seien mikrobakteriell verunreinigt - zu unrecht, wie sich rasch herausstellte. Zunächst reagierte das Unternehmen „gereizt“. Die Folge: Das Thema „kochte hoch“, und auch eine spätere sachliche Öffentlichkeitsarbeit konnte es nicht mehr retten. Jahre später bekam Birkel in der Sache vor den Gerichten zwar Recht, und es kam hinterher auch zu einem Vergleich über einen finanziellen Ausgleich, doch das traditionsreiche Familienunternehmen war zu diesem Zeitpunkt längst an einen französischen Nahrungsmittelkonzern verkauft.

Glimpflicher geht es da schon beim Schreck mit Folgen ab. Das läuft in der Regel so ab: Ein Thema kommt hoch, der Betroffene macht „Pflichtübungen“, indem er etwa zu den Vorwürfen sachlich Stellung nimmt. Wenn dann aus anderen Quellen keine gegenteiligen Erkenntnisse präsentiert werden, werden die Medien schnell merken, daß in dem Thema „wenig Musik“ ist, und ihr Interesse wird schnell abebben. Sie wenden sich dann einem anderen Thema zu, verfahren jedoch nach dem Prinzip: „Aus den Augen, aber nicht aus dem Sinn“.

Der Betroffene kommt dann quasi mit einem „blauen Auge“ davon, indem er etwa temporäre wirtschaftliche Einbußen oder Imageverluste erleidet. Er ist jedoch niemals davor gefeit, daß das Thema später wieder in die öffentliche Diskussion kommen, oder aber daß sein Name mit einem anderen vergleichbaren Beispiel in Verbindung gebracht werden kann. Archivmaterial der Medien, wie z.B. Fernsehbilder, die zu einem späteren Zeitpunkt und bei einem anderen Fall verwendet werden, können so manche alten Wunden wieder aufreißen.

Krisen werden vor allem dann erfolgreich gemeistert, wenn sie mit konkreten Handlungen verbunden sind. Das trifft insbesondere beim dritten Szenario, dem „Schreck mit gutem Ausgang“, zu. Hier werden die Journalisten - und damit auch die Leser oder Zuschauer - umfassend informiert, vor allem, wenn die Betroffenen aus eigenem Antrieb informieren. Die Medien fühlen sich dann ernst genommen, erfüllen ihre Informationspflicht und die Betroffenen erhalten Anerkennung für ihre Offenheit.

Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Diskussion um Badge in Lebensmittelkonserven. Hier wußte ein betroffener Konservenhersteller von entsprechenden Recherchen eines Fernsehsenders und konnte das Thema proaktiv noch vor der Ausstrahlung des Fernsehbeitrages aufgreifen. Die internen und externen Frühwarnsysteme hatten funktioniert.

Vor allem in der Krise zeichnet sich eine solide und kontaktstarke Presse- und Medienarbeit aus, die in „guten Zeiten“ betrieben wird. Wie auch im Fall „Badge“, werden die Unternehmen dann nicht durch Recherchen von Journalisten überrascht, sondern werden meistens seriös im Vorfeld einer Veröffentlichung oder Ausstrahlung angesprochen. In dem konkreten Fall konnte der Hersteller frühzeitig seine Sicht der Dinge darstellen und mit seiner Öffentlichkeitsarbeit darauf aufsatteln, etwa in Form von Presseinformation oder Hintergrundgesprächen.

So kam es zwar zu kritischen Berichten, die jedoch in der Regel sehr sachlich und informativ abgehalten waren und eine ausgewogene Darstellung beinhalteten. Insgesamt war das Thema dann auch in der breiten Öffentlichkeit schnell wieder vom Tisch.

In einem anderen spektakulären Fall sorgte der französische Mineralwasserhersteller Perrier für Aufsehen und zeigte gleichzeitig, wie erfolgreich Krisenmanagement betrieben werden kann.

Als bekannt wurde, daß im Perrier-Wasser aufgrund eines technisch bedingten Vorfalls bei der Filterung schwache Spuren von Benzol entdeckt worden waren, nahm der Hersteller 160 Millionen Flaschen aus dem Handel zurück. Gutachten ergaben, daß zu keinem Zeitpunkt Gesundheitsgefährdungen für den Verbraucher bestanden. Der Markenhersteller entschied sich für den weltweiten Rückruf, der Kosten von etwa 120 Millionen Mark verursachte aus „Rücksicht auf das Image der Qualität und Reinheit des Produktes“, wie der damalige Perrier-Präsident Gustave Leven seinerzeit betonte. Die Imageeinbußen, so die Rechnung, wären ansonsten wesentlich höher als die direkten Kosten des Rückrufs ausgefallen.

V. Die Krise als unternehmerischer Impuls

Die Erfahrung zeigt, daß erfolgreiche Konfliktlösungsstrategien vor allem in einem offensiven Vorgehen bestehen. Es gibt nur eine Strategie, eine Krise erfolgreich und nachhaltig zu bewältigen: offensive Kommunikation.

Dabei ist entscheidend:

1. Offensiv kommunizieren heißt nicht, in der Sache nachgeben.
2. Offensiv kommunizieren schafft Meinungsvorsprung und vermindert Rechtfertigungszwang.
3. Gerade bei Handlungszwang kommt man mit offensiver Kommunikation aus der Reaktion in die Aktion und erschließt sich somit neue unternehmerische Handlungsoptionen. Aber führen Sie sich immer einen Leitsatz vor Augen, den unser amerikanischer Partner Bob Druckemiller von der Agentur Porter Novelli formuliert hat: „You must *do* the right thing, before you can talk about it.“

Wie aber rede und argumentiere ich in der Krise? Wenn Manager auf Krisen reagieren, sind drei Fehler am häufigsten zu beobachten:

1. Die Statements sind nicht autorisiert oder abgestimmt,
2. sie enthalten falsche Daten oder Informationen und
3. es finden gleichzeitig auf der Sachebene Aktionen statt, die die Krisensituation weiter verschärfen.

Aber „handwerkliche“ Fehler, die Krisen verschärfen, sind vermeidbar. In den gleichen Kontext gehören unglückliche Formulierungen, die, obwohl oft nicht böse gemeint, für eine Eskalation der Situation verantwortlich sind.

Zwar verläuft jede Krise anders, und für jeden Fall gilt es individuelle Konfliktlösungsstrategien zu entwickeln, doch es gibt einige Grundregeln zur erfolgreichen Krisenbewältigung.

Gerade die ersten Stunden einer Krise erfordern absolute Sensibilität und einen klaren Handlungsleitfaden. Zu keiner Zeit kann sowohl für als auch gegen eine schnelle und überzeugende Lösung der Krise soviel getan werden wie in den ersten Stunden. Einer professionellen Kommunikation kommt daher gerade in dieser heißen Phase besondere Bedeutung zu - während sie auch auf der anderen Seite dadurch erschwert wird, daß man häufig noch nicht über verlässliche Informationen verfügt. Dennoch: Die Genauigkeit einer Information darf niemals der Schnelligkeit geopfert werden.

Das Verhalten eines Unternehmensrepräsentanten während einer Krisensituation wird von den Medien mit Argusaugen beobachtet. Nicht nur die Inhalte eines Statements, auch Körpersprache sowie die emotionale Einstellung zu einem Vorfall werden genau registriert.

Deshalb ist es ganz entscheidend, daß ein Unternehmenssprecher - auch der oberste Unternehmenslenker - niemals ohne ein Medientraining vor Journalisten tritt.

Was muß nun bei Statements beachtet werden?

1. Alles, was Sie sagen, wird zitiert (und kann für oder gegen Sie verwendet werden).
2. Bereiten Sie sich immer vor.
3. Seien Sie sie selber. Dadurch wirken Sie auf Menschen als Mensch.

Bleiben Sie ruhig. Medien sind weder Feinde noch Ihre besten Freunde. Sie sehen in Ihnen lediglich eine Informationsquelle im Kampf um die beste Information.

4. Seien Sie nicht defensiv.
5. Beachten Sie die Körpersprache.
6. Keine Angst vor der Ruhe. Lieber eine kurze Pause als ein unglückliches Statement.
7. Stehen Sie zu Ihrem Unternehmen. Sagen Sie, wofür Ihr Unternehmen eintritt, welche Werte und Anschauungen es verfolgt und was dies für die aktuelle Situation bedeutet.
8. Zeigen Sie Verantwortung.
9. Zeigen Sie Mitgefühl. Bitten Sie um Verzeihung, wenn Menschen zu Schaden gekommen sind oder Schaden erlitten haben.

Bedenken Sie dabei aber bitte: Die Medien sind der Mittler von Nachrichten, in der Regel jedoch nicht Ihr eigentlicher Adressat. Denken Sie daher bitte zuerst an die Verbraucher bzw. Leser, Zuschauer oder Zuhörer. Denn für die sind Ihre Botschaften in erster Linie bestimmt.

Und mit Blick auf die Grundeinstellung, die jeder in eine Krisensituation verwickelte Manager mitbringen sollte, kann ich Ihnen aus der Beratungserfahrung eine weitere wichtige Erkenntnis mit auf den Weg geben: Wer Fehler zugibt, wird nicht dafür bestraft.

Unternehmen können, sollten und müssen sich auf Krisensituationen vorbereiten. Leider ist die Sensibilität für eine mögliche Krise noch längst nicht ausreichend ausgeprägt. Laut einer aktuellen Untersuchung der Universität Siegen verfügt nur jedes vierte Unternehmen über einen Krisenplan.

So verwundert es nicht, daß viele Krisen in der Vergangenheit die entsprechenden Ausmaße erreicht haben, weil das Unternehmen komplett unvorbereitet getroffen wurde. Und das betrifft nicht nur den Anlaß, sondern - weitaus schlimmer, weil leicht beeinflussbar - die fehlenden Kommunikationsstrukturen.

Die Steuerung der Kommunikation und die Koordination der Fachkompetenzen - etwa Sicherheitsbeauftragte, Umweltschutz, Rechtsabteilung, Versicherung, Betriebsrat - sind explizit Aufgaben der Unternehmensleitung, also klassische Führungsaufgaben. Die Beschäftigung mit Krisenszenarien und -dramaturgie ist dabei notwendiger und unverzichtbarer Bestandteil der Kommunikationsplanung.

Zum überwiegenden Teil wird über den Erfolg oder Mißerfolg einer Krisenbewältigung gerade dann entschieden, wenn noch keine Krise existiert: in der Etablierung technischer und personeller Strukturen, die in der Krise abgerufen werden können, in der Schulung und dem Training von Mitarbeitern für den „Tag X“, die krisenrelevante Funktionen ausüben. Hier gilt es, die Sensibilitäten zu schärfen und geeignete (Re)-Aktionen zu diskutieren und einzuüben. Dies sind jedoch nicht nur der Vorstand und die Presseabteilung, sondern beispielsweise auch die Werksleiter, die Umweltbeauftragten oder der Betriebsrat.

Zur Krisenprävention gehört auch die permanente Beobachtung möglicher krisenrelevanter Themenbereiche. Mit einer entsprechenden Infrastruktur kann größtenteils vermieden werden, daß sich unternehmensrelevante Themen fast unmerklich entwickeln und plötzlich zu einer Krise werden. Drei Aufgaben gilt es zu lösen:

1. Themendefinition: Welche möglichen Themen, welche sensiblen Bereiche können zu einer Krise führen?
2. Etablierung der Infrastruktur: Wie werden die Themen technisch und personell beobachtet?
3. Monitoring: Wie werden die relevanten von den unwichtigen Informationen getrennt?

Sie sehen: Die beste Form der Krisenprävention ist der kontinuierliche Dialog mit seinen Zielgruppen. Und dabei ist eine langfristig angelegte kunden-, aktionärs-, mitarbeiter- und gesellschaftspolitisch ambitionierte Unternehmenspolitik durch nichts zu ersetzen.

Man kann, auch und gerade in der Krise, frei nach Paul Watzlawick nicht nicht kommunizieren. Krisen sind aber mehr als nur eine Situation, die es zu meistern gilt. Krisen sind Chancen für einen neuen Anfang:

- für den Dialog mit neuen und alten Zielgruppen
- für Selbstbesinnung
- für die Konzentration auf ein bestimmtes Themen- und Aufgabenfeld
- für Vertrauen und Glaubwürdigkeit
- für eine unternehmerische und kommunikative Neupositionierung
- für die schnellere Entwicklung neuerer Produkte
- für neue Märkte
- für ein besseres Verständnis von Journalisten
- für einen glaubwürdigen Dialog mit den Stakeholdern

Nachdem ich meinen Vortrag mit dem griechischen Philosophen Epiktet eingeleitet habe, möchte ich ihn nun mit einer Anleihe bei den Chinesen beenden. Denn schon die alten Chinesen haben die zwei Seiten der Krise erkannt: Deren Schriftzeichen für „Krise“ setzt sich aus den beiden Bestandteilen „Gefahr“ und „Chance“ zusammen.

Der Verbraucher is(β)t mißtrauisch

Die Verunsicherung der Verbraucher im Lebensmittelbereich speist sich aus drei Quellen:

1. Unheilsvermutungen im Zusammenhang mit dem Einsatz neuer Technologien, z.B. Gentechnik in der Lebensmittelherstellung. Die Ablehnung gentechnischer Verfahren im Agrar- und Lebensmittelsektor durch die Verbraucher beruht im wesentlichen auf zwei Motivbündeln: a) Verunsicherung über die Auswirkungen einer undurchschaubaren Technik mit tatsächlichem oder vermutetem hohem Risikopotential; b) Fehlen von Nutzensvorteilen unkonventionell hergestellter Lebensmittel gegenüber einem vielfältigen Angebot von qualitativ hochwertigen traditionellen Lebensmitteln.
2. Verunsicherungen im Zusammenhang mit Lebensmittel-Skandalen, Katastrophen, Krisen, Störfällen: Lebensmittel sind für die Verbraucher Konsumgüter mit einem hohen Anteil an Erfahrungs- und Vertrauenseigenschaften. Ob ein Rinderfilet gut schmeckt und sättigt, davon kann sich der Verbraucher bekanntlich selbst überzeugen. Ob es BSE-infiziert ist, das kann er nicht selbst erkennen. Der Verbraucher muß den Angaben der Hersteller, des Handels oder anderer Institutionen vertrauen. Wird dieses Vertrauen erschüttert, ist es schwer, es wiederzugewinnen. Tatsächlich hat die Serie der Lebensmittelskandale in den vergangenen Jahren zu einem dramatischen Vertrauensverlust bei den Verbrauchern geführt. Man geht sicher nicht fehl in der Behauptung, daß Verbraucher im Prinzip dem Lebensmittelangebot vertrauen wollen.

Sie wollen ohne zeitraubende und mühevollende Informationsarbeit Lebensmittel kaufen, zubereiten und verzehren. Sie wollen nicht beim Lebensmittelkauf auf einer nach oben offenen Risikoskala zwischen gesundheitsgefährdenden Haupt- und Restrisiken abwägen. Sie wollen sich den Genuß von Geflügel nicht durch Salmonellen-Verdacht, den Genuß von Fisch nicht durch Nematoden, den Genuß von Rindfleisch nicht durch BSE-Verdacht, den Genuß von Kalbfleisch nicht

durch Hormon-Verdacht, den Genuß von Wein nicht durch Glykol, den Genuß von Pilzen nicht durch Cäsium-Belastung verderben lassen. Die Verbraucher wollen nicht bei den Mahlzeiten als Laienrichter über Lebensmittel zu Gericht sitzen und kapitale Grundsatzurteile über Gesundheits- und Sicherheitsgefahren fällen.

Andererseits fühlen sich die Verbraucher von der Zumutung überfordert, beim Kauf, Zubereiten und Verzehren von Lebensmitteln einen Beitrag zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland zu leisten, über die Beschäftigungseffekte von Zukunftstechnologien zu entscheiden, den Dritte-Welt-Komplex im Kopf zu haben und jeweils relevante volks- und weltwirtschaftliche Problemfelder am Arbeitsplatz Haushalt zu reflektieren. Es ist zwar unvermeidbar, daß solche "weiträumigen Abstraktionen" (J. HABERMAS) in die Lebenswelt der Verbraucher einbrechen und dort verarbeitet werden sollen. Auch ahnen oder wissen viele Verbraucher, daß die kleinen wirtschaftlichen Alltagsentscheidungen mit den großen Problemen unserer Zeit zusammenhängen, aber ihre Problemwahrnehmungs- und vor allem Problemverarbeitungskapazitäten sind eher auf konkrete, sinnlich wahrnehmbare, übersichtliche Sachverhalte bei der Bedürfnisbefriedigung und dem Geld-Management geeicht als auf die Internalisierung von Struktur- und Zukunftsproblemen moderner Gesellschaften.

3. Unkenntnis über den Informationsnutzen der Lebensmittelkennzeichnung.

Im Ernährungsbericht '96¹ werden die Ergebnisse einer Befragung von 2551 Personen referiert. Danach kannten 45 % die Bedeutung des Mindesthaltbarkeitsdatums. In der Altersgruppe zwischen 24 und 34 Jahren wußte jeder Zweite Bescheid. 58 % wußten, was die Abkürzung "Fett i. Tr." auf der Käseverpackung bedeutet. Aber nur 20 % dieser Personengruppe konnte den absoluten Fettgehalt von Käse richtig zuordnen.

Knapp die Hälfte ordnete Fruchtsaft - verglichen mit Fruchtnektar und anderen Konzentrationsstufen - den höchsten Fruchtanteil zu. Ein Drittel der Befragten wußte, daß sich hinter E-Nummern die Zusatzstoffe nach EG-Norm verbergen.

Nur 4 % konnten nach den Angaben der Nährwert-Kennzeichnungsverordnung aus dem Prozentsatz der empfohlenen Tagesmenge eines Vitamins in 100 g Produkten auf die notwendige Zahl der Portionen schließen.

¹ Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht 1996, Frankfurt/M 1996, S. 307 ff.

V. PUDEL, der Autor des Kapitels über den Informationsnutzen der Lebensmittelkennzeichnung, spricht von einem „Deklarationsdilemma“, das darin bestehe, daß juristisch und auch sonst formal zutreffende Informationen auf der Lebensmittelpackung zur Fehlinformation der Verbraucher führen, weil sie den tatsächlichen Informationsgehalt nicht verstehen. „Gleichwohl ist die Lebensmittelkennzeichnung für den Verbraucher subjektiv wichtig, da er Orientierungs- und Entscheidungshilfen bei der Auswahl von Lebensmitteln haben will. Die geprüften Informationen hält der Verbraucher für wichtig, und er bezieht sich in der überwiegenden Mehrzahl in seiner Kaufentscheidung darauf“. (S. 324)

Den Verbraucherorganisationen wirft der Ernährungsbericht vor, ihre Aufklärungsmaßnahmen zur besseren Verständlichkeit der Lebensmittelkennzeichnung hätten nicht den gewünschten Erfolg erzielt. Doch wie will man den Einfluß der Verbraucherorganisationen messen und aus der Fülle der das Informationsverhalten beeinflussenden Faktoren isolieren?² Es wäre vielmehr zu fragen, wie wir es schaffen, die Lebensmittelkennzeichnung verständlicher und eindeutiger zu gestalten. Die Alternative zur jetzigen Praxis heißt nicht weniger oder gar keine Deklaration, sondern mehr Klarheit und Wahrheit. Dann wäre auch die Vermutung, daß die beispielhaft demonstrierte künstliche Kombination von Deklarationselementen in einem Lebensmittelpaket mit der Angabe Schnittkäse mit 30 % „Fettgehalt i.Tr.“, mit „E xyz“, „Zutatenliste a, b, c“, „mindestens haltbar bis X.1997“, verzehrbar mit „Diät-Margarine“ und einem „Glas Fruchtsaft“ nicht bloß von knapp 8.000 Personen in der Bundesrepublik zutreffend zu entschlüsseln wäre³. Diese 8.000 Personen, das darf hinfällig wohl mit Recht angenommen werden, umfassen in etwa alle Lebensmittelchemiker, Lebensmitteltechnologe, Lebensmittelrechtler, Ernährungsberater und Ernährungswissenschaftler in Deutschland. Die rhetorische Frage von U. NÖHLE, ob es sich etwa um eine „Experten-Kennzeichnung“ handle, die nur die Experten verstehen, nicht aber diejenigen, für die sie gedacht ist, die Verbraucher, würde sich dann erübrigen.⁴

² Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht '96 - Kommentierte Konsequenzen, in: Verbraucher Rundschau 4-5/97, S. 32

³ Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht 1996, a.a.o., S. 324

⁴ Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e.V. (Hrsg.): Jahrestagung '97, Ansprachen und Vorträge, Schriftenreihe Heft 126, Bonn 1997, S. 44

Vertrauen ist überzogene Information

Lebensmittel-Skandale werden von den Verbrauchern als Vertrauensbruch empfunden. Sie gewinnen, wie Stichproben, eine symbolische Bedeutung für die Zustände bei der Lebensmittelherstellung. Wenn ein Verdacht aufkommt, ist seine Wirkung vor allem im Hinblick auf die kurzfristigen Marktreaktionen meist überdimensioniert und geht weit über das hinaus, was dem konkreten Anlaß, der das Faß zum Überlaufen bringt, zugerechnet werden kann.

Auch Produktinnovationen und -differenzierungen können dazu beitragen, daß die Lebensmittel den Charakter der Selbstverständlichkeit, der bekannten Vertrautheit verlieren, weil die tägliche Erfahrung in Frage gestellt wird. "Vertrauen ist nur in einer vertrauten Welt möglich." (N. LUHMANN)⁵. Es bedarf der Anknüpfung am Vertrauten, am Bewährten, an der Vorerfahrung. Trotz aller Verständnisschwierigkeiten im Zusammenhang mit der Kennzeichnung bleibt festzuhalten, daß der Verbraucher ohne Information nicht vertrauen kann. Das enttäuschende Ergebnis der Untersuchung von PUDEL ist unter dem Blickwinkel des Vertrauens auch ein Beleg für die Erkenntnis, daß Vertrauen überzogene Information⁶ ist. Das Überziehen der Information geht zwar davon aus, daß sich der Vertrauende in Grundzügen auskennt und schon informiert ist, wenngleich nicht komplett, nicht dicht genug und nicht mit akribischer Genauigkeit. Andererseits sagt die These auch, daß es der Funktion von Vertrauen widerspricht, detaillierte Fakteninformationen und fachliche Beweise zu fordern, wenngleich die Möglichkeit dazu offen bleiben muß. Vertrauen als überzogene Information beruht weiterhin nicht nur darauf, daß die Wahrheit über Prozeß- und Produktqualität von Lebensmitteln und ihrer Herstellung vollständig bekannt ist, sondern auch darauf, daß sich die Übernahme des bei allen Marktbeziehungen eingeschlossenen Risikos in persönlich akzeptablen, kalkulierbaren Grenzen hält. Wenn diese Geschäftsgrundlage durch undurchschaubare Produkt- und Prozeßinnovationen und durch Skandale erschüttert wird, entsteht mit dem Mißtrauen zwangsläufig der Wunsch, Vertrauen durch Wissen zu ersetzen, um dadurch mehr Sicherheit zu gewinnen.

Das stark angestiegene Interesse der Verbraucher an Informationen über die Prozeßqualität ist gleichsam der Versuch, sich über die Eigenarten der Lebensmittelherstellung, von der Herkunft der Rohstoffe bis zur umweltverträglichen Entsorgung zu

⁵ Niklas Luhmann: Vertrauen - Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität, Stuttgart 1968, S. 17

⁶ ebenda, S. 23 et passim

unterrichten. Dieser Versuch darf durchaus als Wunsch nach einer neuen Fundierung des Vertrauens interpretiert werden, mit dem man die Verunsicherung über die Produktqualität beheben will.

Der Ersatz des Vertrauens durch Information belastet den Verbraucher. Unter informationsökonomischen Gesichtspunkten erweist sich auch im privaten Haushalt Information als knappe Ressource, deren Beschaffung und Verarbeitung mit Kosten in Form von Aufwendungen an Zeit, Geld und Arbeit verbunden ist. Der Kauf von Informationsbroschüren, das Aufsuchen einer Ernährungsberatungsstelle, Telefongebühren, Fahrtkosten, eventuell die Beteiligung an Vereinsarbeit zur politischen Durchsetzung von Forderungen, etwaige "Opportunitätskosten" aufgrund des Verlustes an Freizeit, die Abstimmung mit den Angehörigen der Familie, und die eigentliche Entscheidungsfindung, all das sind Kosten, die mit dem Vertrauensverlust explosionsartig wachsen. Eine besonders gravierende Zwickmühle zeigt sich im Auseinanderklaffen von bescheidener Sachkompetenz in Lebensmittel- und Ernährungsfragen und expandierenden Informationsbedürfnissen. Das überall bemerkbare Bedürfnis nach mehr Information, nach wahrheitsgemäßer und umfassender Kennzeichnung zur Sicherheitsmaximierung ist eine Konsequenz des geschwundenen Vertrauens; andere Konsequenzen sind die Definition des Marktpartners auf den Lebensmittelmärkten als Gegner, dessen unlautere Absichten und Praktiken bekämpft werden müssen, der Kaufverzicht, die Abwanderung zu alternativen Anbietern und der Ruf nach dem Gesetzgeber in der Erwartung, daß die Rechtsordnung den Vertrauensbruch erschwert, sanktioniert und die Verbraucher damit von den Risiken der Vertrauensgewähr entlastet.

Das Mißtrauen umfaßt Mißtrauen gegenüber den skandalträchtigen Lebensmitteln und Verunsicherung über die Vollständigkeit und den Wahrheitsgehalt anbieterinitiiertes Produktinformation, sei es in der Werbung, sei es in der Deklaration. Da die Verbraucher um das einseitige Absatzinteresse der Kommunikationspolitik der Anbieter wissen, entsteht unter Mißtrauens- und Verunsicherungsbedingungen ein erhöhtes "Glaubwürdigkeitsdefizit", das auch den Verdacht, bewußt falsche oder irreführende Information zu lancieren, beinhaltet. Auf die rhetorische Frage, wem der Verbraucher trauen soll, kann ich nur die Antwort geben, den Verbraucherorganisationen. Aber selbstredend ist das auch nur eine rhetorische Antwort, die der sachlichen Differenzierung bedarf.

Verantwortungsbewußte Informationspolitik statt Meinungsmache

Das Vertrauen der Bürger in die Verbraucherorganisationen beruht auf Glaubwürdigkeit. Glaubwürdigkeit setzt Unabhängigkeit voraus. Unabhängigkeit von Anbietereinflüssen ist als Satzungsmerkmal für unsere Geschäftspolitik ausschlaggebend. Das bedeutet jedoch nicht, daß die vielbeklagte Verunsicherung der Verbraucher im Lebensmittelbereich auf das Konto einer besserwisserischen, nörgelnden und grundsätzlich wirtschafts- und technologiefeindlich eingestellten Informationspolitik der Verbraucherverbände gehen. Das ist natürlich mitnichten der Fall, und jeder, der so polemisiert, wird durch eine nüchterne Analyse unserer Aufklärungskampagnen ad absurdum geführt. Die Medien erwarten von uns fundierte Stellungnahmen, keine Predigten, geprüfte Sachinformationen, keine Märchen. Als Informationsanbieter sind wir uns der Verantwortung, der Beweislast und des Haftungsrisikos sehr wohl bewußt.

In allen drei anfangs erwähnten Problemfeldern - 1. Unheilsvermutungen angesichts unbekannter Fernwirkungen im Bereich neuartiger und neuartig hergestellter Lebensmittel, 2. Verunsicherung durch Lebensmittel-Skandale und 3. Erhöhung des Informationsstandes und Beeinflussung des Ernährungsverhaltens - verfolgen wir eine Politik der Aufklärung, Versachlichung, Entemotionalisierung und Befähigung der Verbraucher zu rationalem Marktverhalten. Die Zwickmühle, in der sich die Verbraucher befinden, ist auch die unsere. Im Bereich der Unheilsvermutungen sind wir primär auf die Erkenntnisse der Wissenschaft angewiesen.

Die Wissenschaft kann über langfristige Gefährdungspotentiale im allgemeinen keine allseits befriedigende und abschließende Sicherheitsgarantie abgeben. Noch immer ist die Übertragung von BSE auf den Menschen und die dadurch ausgelöste Creutzfeldt-Jacob-Krankheit streng wissenschaftlich betrachtet eine noch zu beweisende Hypothese. Trotz wissenschaftlicher Ungewißheit haben wir gleichwohl seit dem ersten Bekanntwerden von BSE in Großbritannien 1986 die Verbraucher gewarnt und die Regierung aufgefordert, Fleischimporte aus Großbritannien strengen Kontrollen zu unterwerfen. War das falsch? Bei der gentechnischen Veränderung von Lebensmitteln treten nach dem Stand des aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse keine Schädigungen des Erbgutes bei Menschen auf, aber ausgeschlossen werden kann das nicht. Genau genommen überziehen Heils- und Vorteilsversprechen von Industrie und Politik den tatsächlichen Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse ebenso

eklatant wie Unheilsvermutungen, wenn auch zum anderen Extrem auf der Risikoskala hin.

Bei Skandalen machen sich die Verbraucherorganisationen in ihrer Presse- und Öffentlichkeitsarbeit den Balanceakt zwischen berechtigten Warnungen vor Gefährdungspotentialen und Mißständen einerseits und der Vermeidung von Panikreaktionen andererseits nicht leicht. So haben wir zu dem jüngsten Nematoden-Fall eine Pressemitteilung herausgebracht, die bereits in den Headlines die Zwickmühle offen

bart: "Verbraucherverbände fordern strengere Kontrollen bei Fisch. Tips für Verbraucher: Nicht auf Fisch verzichten."⁷ Oder im Zusammenhang mit den illegalen Fleischimporten aus Großbritannien: Kontrolle des Fleischhandels, stärkere Effizienz bei den vorhandenen Kontrollmöglichkeiten.⁸

Die Verbraucher werden in fast schon regelmäßigen Intervallen durch die Berichterstattung der Medien verunsichert und erwarten von den Verbraucherorganisationen sachgerechte, problemlösende Informationen, die selbstredend allgemein verständlich und handlungsleitend sein sollen. Die Aufklärungsarbeit setzt eine entsprechende Infrastruktur voraus. Wir haben in der Bundesrepublik im Bereich der Verbraucherverbände dank der Förderung durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (BML) und die Länder etwa 50 hauptamtliche Ernährungsberater. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung, stellt das eine groteske Unterversorgung dar, und dennoch wäre die Situation noch trostloser, wenn die Verbraucher überhaupt keine Anlaufstelle hätten, bei der sie sich bei Verunsicherungen über die Produkt- und Prozeßqualität der Lebensmittel fachkundigen und zielgruppenspezifischen, wissenschaftlich geprüften und handlungsorientierten Rat holen könnten.

In unserer Kommunikationspolitik differenzieren wir zur Wiederherstellung des Vertrauens vier Strategien:

1. Erläuterungen von Skandalen als Fehler oder externe Störungen, die durch unternehmerische Verantwortung und/oder staatliche Maßnahmen behoben werden können.

⁷ Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) e.V.: Verbraucherpolitische Korrespondenz, Nr. 23, vom 19.08.1997, S. 6

⁸ Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände (AgV) e.V.: Pressemitteilung vom 20.08.1997

2. Fixierung von Endzeitpunkten, mit denen eine Affäre abgeschlossen wird und danach kein Anlaß mehr zum Mißtrauen besteht.
3. Aufzeigen von Markt-Alternativen, bei denen nach unserem Kenntnisstand kein Grund zum Mißtrauen besteht.
4. Bei Problembereichen, die nicht unter die ersten drei Punkte fallen, verfolgen wir die Doppelstrategie, einerseits die Nutzenvorteile für den Verbraucher zu hinterfragen und andererseits, mögliche Risikopotentiale offenzulegen.

Mit einem Zitat aus dem Ernährungsbericht '96, in dem die Informations- und Kommunikationspolitik aller Beteiligten angesprochen wird, möchte ich zu 5 Thesen überleiten. K.-D. JANYS formuliert sehr richtig, wenn er sagt: "Es muß in Kauf genommen werden, daß Information und Transparenz nicht notwendigerweise zur Akzeptanz führen. Mit mehr Wissen und Kennzeichnung der Produkte sowie mit einer offeneren Informationspolitik kann allerdings Vertrauen geschaffen werden, und dem Verbraucher wird die Möglichkeit gegeben, sich für oder gegen ein neuartiges Lebensmittel zu entscheiden."⁹

T h e s e n

1. Die Umfrage der Bundesforschungsanstalt für Ernährung vom Spätherbst 1996 hat bestätigt, daß Mißtrauen und Verunsicherung statt Vertrauen und Akzeptanz die Einstellung der Verbraucher gegenüber Lebensmitteln beherrschen. Die Analyse der Ursachen kann nicht bei der begründeten Angst vor der Übertragung von BSE auf den Menschen und den Unheilsvermutungen gegenüber gentechnisch veränderten Lebensmitteln stehenbleiben. Die Serie der Lebensmittelskandale der letzten 15 Jahre und die radioaktive Belastung von Naturprodukten in Folge des Reaktorunfalls von Tschernobyl haben das kollektive Bewußtsein der Verbraucher für die Risiken der Produktion und des Verzehrs von Lebensmitteln sensibilisiert. Die Alltagserfahrung der Verbraucher im Umgang mit der Qualität des Lebensmittelangebots ist dadurch in eine Dauerkrise geraten.
2. Die Verunsicherung der Verbraucher läßt sich nicht monokausal auf eine überkritische Verbraucheraufklärung durch Verbraucherorganisationen zurückführen. Im Gegenteil. Die Aufklärungsarbeit der Verbraucherverbände hat sich stets um

⁹ Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. (Hrsg.): Ernährungsbericht 1996, a.a.o., S. 300

die Versachlichung der öffentlichen Erregung, um das Aufzeigen marktkonformer Alternativen und um die Bekämpfung von Mißständen eingesetzt. Angesichts der Herausforderung durch komplexere Produktionstechnologien und globalisierte Märkte sowie der im Kontext des Wertewandels differenzierter Informationsbedürfnisse, teilweise über den gesamten Produktlebenszyklus, ist allerdings zu fragen, ob das bestehende System der Verbraucheraufklärung hinreichend ausgestattet ist, um seine Funktion bei der Schadensbegrenzung wirksam zu erfüllen.

3. Ergänzt durch Sicherheitsbehauptungen und Beschwichtigungsformeln, beschränkt sich die Verbraucherinformation im Rahmen des Marketing der Lebensmittelindustrie weitgehend auf traditionelle Werbung. Auf die Tatsachen des wachsenden Risikobewußtseins und der sinkenden Akzeptanz für Restrisiken müssen die Unternehmen verstärkt mit einer kunden-orientierten Kommunikationspolitik antworten. Die ökonomischen Vorteile der vorenthaltenen Produkt- und Markttransparenz werden durch die Kosten eines skandalbedingten Zusammenbruchs der Märkte mehr als aufgezehrt. Vertrauen und Akzeptanz setzen glaubwürdige Information, nicht nur die einseitige Betonung positiver Eigenschaften voraus.
4. Die Massenmedien haben das öffentliche Bewußtsein für die Risikodimensionen von Lebensmitteln und Ernährung in erheblichem Umfang sensibilisiert. Sie lenken die Aufmerksamkeit auf Gefahrenpotentiale, dramatisieren die Situation und vermitteln Erstinformationen. Für sich allein sind sie kaum geeignet, dem einzelnen Verbraucher entscheidungsrelevante Orientierungshilfen zu liefern. Dies gilt insbesondere für die bürgernahe Nacharbeit von Risikothemen, die die Lebenspraxis der Menschen so unmittelbar berühren wie alles, was mit der Ernährung zusammenhängt. Um Verunsicherungen zu versachlichen bzw. Panikreaktionen zu vermeiden, bedarf es der Aufklärungspolitik von unabhängigen Institutionen, die beim Verbraucher Glaubwürdigkeit und Vertrauen genießen.
4. Der Ernährungsbericht 1996 wählt zur Beschreibung der Diskrepanz zwischen juristisch und formal zutreffenden Informationen auf der Lebensmittelverpackung einerseits und dem nicht immer zutreffenden Verstehen der Kennzeichnung durch

die Verbraucher andererseits den Begriff "Deklarationsparadoxon" In Verbindung mit dem Befund, daß ein knappes Drittel der Verbraucher ein hohes, ein Drittel ein ausreichendes und ein Drittel ein geringes Vertrauen in die Korrektheit von Angaben auf Lebensmittelverpackungen bekunden, ergibt sich aus dieser Zwickmühle ein erhebliches Verbesserungspotential für (a) Aufklärungsmaßnahmen der Verbraucherorganisationen und (b) Informationsgestaltung der Lebensmittelkennzeichnung durch die Anbieter.

Dr. Werner Henning

Die Behörden: Schiedsrichter, Zeugen oder Zuschauer?

Als staatliche Vollzugsorgane praktizieren die einschlägigen Behörden im Rahmen lebensmittelrechtlicher Normen Verbraucherschutz. Es ist ihre Aufgabe, dafür zu sorgen, daß der Verbraucher vor Gesundheitsschäden und Täuschung geschützt wird. Materielle Vorgaben in Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien und dergleichen an die Herstellung, das Behandeln und das Inverkehrbringen von Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen, Kosmetika, sowie Tabak und Tabakerzeugnissen regeln diesen Verbraucherschutz. Dies wird umgesetzt durch die Lebensmittelüberwachungsbehörden, die ihre Aufgaben durch Inspektionen in den Betrieben mit Kontrolle der dort ggf. eingerichteten Qualitätssicherungssysteme, Untersuchung und Begutachtung von Stichproben wahrnehmen. Gestützt wird dies durch Bewährung der Vorschriften mit Strafen (Geldbußen) und Ahndung von Verstößen gegen die o.g. Normen durch die Justiz, aber auch durch Information des Verbrauchers.

Die damit verbundenen beschränkenden Maßnahmen müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit entsprechen. Sie müssen einem verfassungslegitimen Ziel, dem Gesundheitsschutz und Verbraucherschutz, tatsächlich dienen und auch zur Erreichung dieses Zieles geeignet, erforderlich, angemessen und zumutbar sein.

Die Behörden nehmen somit neben der Justiz Aufgaben eines sachverständigen Zeugen und Schiedsrichters wahr.

Speziell bei öffentlichen Warnungen vor gesundheitsschädlichen oder auch nur verkehrsunfähigen Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen ... muß vorab geklärt sein, ob diese Maßnahme erforderlich, angemessen und nicht zuletzt für den Betroffenen bzw. das betroffene Gewerbe zumutbar ist; denn daraus resultieren i. d. R. erhebliche Beeinträchtigungen.

Die mit öffentlicher Autorität an die Medien gegebenen Informationen werden von diesen journalistisch aufbereitet, kommentiert, ergänzt und damit in ihrer Wirkung auf die Verbraucherschaft multipliziert. Warnungen vor bestimmten Produkten können in ihrer tatsächlichen Wirkung Verkaufsverboten gleichen. An die Auswirkungen des Weinskandals sei erinnert: Österreichischer Wein war mit Dietylenglykol zum Zwecke

geschmacklicher Verbesserung versetzt worden. Es führte dazu, daß der gesamte Weinhandel erhebliche Einbrüche hinnehmen mußte. Gleiches gilt aktuell für die Problematik der Fleischvermarktung im Zusammenhang mit BSE oder der Fischvermarktung aufgrund einiger gefundener Nematodenlarven.

Auf die Rechtsgrundlagen, wann und in welcher Form seitens der Behörden vor Lebensmitteln gewarnt werden darf, soll hier nicht näher eingegangen werden. Eine bundesgesetzliche Grundlage wurde hierfür bislang nicht geschaffen. Jedoch läßt die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtshofes öffentliche Warnungen von Bundesbehörden vor Lebensmitteln auch ohne ausdrückliche Ermächtigungsgrundlage zu. Somit kann sich die Behörde an die Öffentlichkeit wenden und trägt dann natürlich auch die Beweislast für die Richtigkeit ihrer Warnungen.

Der mehrfach verwandte plakative Begriff „Behörde“ bedarf in diesem Zusammenhang - Behörden, Öffentlichkeitsarbeit, Berichterstattung - einer Erläuterung:

Entsprechend der Vorgaben der §§ 40ff. Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz (LMBG) als zentrales Rahmengesetz für die amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Überwachung obliegt der Vollzug den Ländern. Zur Erläuterung der Vielschichtigkeit und teilweise starken Zergliederung sei eine Standardhierarchie, die des Landes Rheinland-Pfalz, kurz vorgestellt.

Abbildung 1: LMÜ in Rheinland-Pfalz (Quelle: LMR-Handbuch, IV A, Rdn. 65)



Prinzipiell gliedert sich die Hierarchie der Lebensmittel-Überwachung in:

- Oberbehörde - Fachministerium
- Mittelbehörde - Bezirksregierung
- Untere Behörde - Landkreise / Kreisfreie Städte als Kreisordnungsbehörden (mit den dort angesiedelten Veterinär- und Lebensmittel-Überwachungsämtern)

In einigen Bundesländern wird auf die Mittelbehörden, speziell in den neuen Bundesländern und in den Stadtstaaten, verzichtet. Dies macht zumindest im Hinblick auf einen schnelleren Informationsaustausch bzw. Berichtswesen Sinn. Insofern sind auch die hierarchischen Strukturen (Fach- und Dienstaufsicht) von Bundesland zu Bundesland durchaus verschieden.

Zu den reinen Vollzugsbehörden sind die entsprechenden Untersuchungseinrichtungen hinzu zu zählen. In den meisten Bundesländern sind sie als Landesanstalten organisiert; eine Ausnahme macht vor allem Nordrhein-Westfalen. Hier sind 3 Veterinäruntersuchungsämter in Arnsberg, Detmold und Krefeld sowie das Chem.- und Veterinäruntersuchungsamt in Münster als Landesbehörden etabliert. Der überwiegende Teil chemisch-physikalischer Untersuchungen wird von z.Zt. 21 kommunalen, teils recht kleinen Einrichtungen erbracht, die obendrein noch Untersuchungen im Bereich des Umweltschutzes durchführen.

Über die Leistungsfähigkeit und den Zeitrahmen, in dem Untersuchungen und gutachterliche Entscheidungen in den einzelnen Häusern durchgeführt werden, möchte ich mich hier nicht im Detail einlassen. Es wäre jedoch - auch in diesem Zusammenhang - diskussionswürdig mit der Fragestellung: Die Behörden als Schiedsrichter; wie lange dürfen ihre Entscheidungen auf sich warten lassen, was ist für den Rechtsunterworfenen zumutbar?

Nur soviel hierzu: Binnen der üblichen Versiegelungsfrist im Rahmen der amtlichen Probennahme von 4 Wochen müßten Untersuchung und Begutachtung zu einer Probe abgeschlossen sein. Der Rechtsunterworfenen sollte über das Ergebnis z.B. in allgemeiner Form „nach durchgeführter Untersuchung nicht zu beanstanden“ unterrichtet werden, sofern nicht ohnehin ein beanstandendes Gutachten erstellt wurde. Reicht die o.g. 4 - Wochenfrist nicht aus (Geräteausfälle, besonders aufwendige Analytik ...) wäre ein entsprechender Zwischenbescheid angebracht.

Zurück zu den Behörden. Zu erwähnen sind noch das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) als zuständiges Fachministerium auf Bundesebene, aber auch das Bundeslandwirtschaftsministerium mit den nachgeordneten Bundesforschungsanstalten, wie z.B. das Bundesinstitut für gesundheitlichen Verbraucherschutz und Veterinärmedizin (BgVV), Berlin, oder die Bundesanstalt für Fleischforschung, Kulmbach. Für europaweites Handeln sind die in Brüssel angesiedelten Behörden wie die EU-Kommission mit ihrem nachgeordneten Verwaltungsapparat zu nennen.

Aus dem zuvor Erwähnten ist zu entnehmen, daß in der Lebensmittelüberwachung als mögliche Ansprechpartner für anfragende Medienvertreter und Verbraucher eine Vielzahl von „Behörden“ in Frage kommen. Tabelle 1 zeigt eine grobe Zusammenstellung der Behörden, gegliedert nach Ministerium, Bezirksregierungen, Kreisordnungsbehörden, Untersuchungsanstalten und Bundesland.

Tabelle 1: Behörden (-Zahl) der amtlichen LMÜ

Land	Ministerium	Bez.-Reg.	Landkreis / Städte	Untersuchungs-
Baden-Württemberg	2	4	44	9
Bayern	1	7	96	2
Berlin	1	---	23 (Bezirks-Ä.)	1
Brandenburg	1	---	18	3
Bremen	1	---	---	2
Hamburg	1	---	7 (Bezirks-Ä.)	2
Hessen	1	---	26	3
Mecklenburg-Vorpommern	1	---		1
Niedersachsen	1	4	46	4
NRW	1	5	54	26
Rheinl.-Pfalz	1	3	36	5
Saarland	2	---	6	2
Sachsen	1	3	29	1
Sachsen-Anhalt	1	3		2
Schleswig-Holstein	1	---	15	1
Thüringen	1	---		1

* Außenstellen sind nicht mitgezählt; ohne Medizinaluntersuchungsämter

Grundsätzlich ist das Prozedere für öffentliche Warnungen als Information an die Medien und damit an die Verbraucherschaft für zwei Fälle - nämlich Gesundheitsschädlichkeit und Täuschung - geregelt.

1. Gesundheitsschädlichkeit (§§ 8, 24 und 30 LMBG): Information der Öffentlichkeit erfolgt durch die für die Lebensmittelüberwachung oberste Landesbehörde (Fachministerium) des Bundeslandes, in dem die Gefahr festgestellt wurde. Zugleich werden das BMG, das BgVV sowie die anderen Bundesländer benachrichtigt.
2. In allen anderen Fällen gravierender Verstöße gegen lebensmittelrechtliche Vorschriften, speziell Täuschungsverbot, gilt: Die oberste Behörde (Fachministerium) des Bundeslandes, in dem der Verstoß festgestellt wurde, benachrichtigt die für den Hersteller / Importeur zuständige oberste Landesbehörde (Fachministerium) sowie das BMG und das BgVV und die anderen Bundesländer. Die zuständige Landesbehörde veranlaßt weitere Ermittlungen und Anhörung des Herstellers / Importeurs. Danach wird über die Information der Öffentlichkeit entschieden.

Werden dem BMG entsprechende Fälle aus dem Ausland mitgeteilt und wenn davon auszugehen ist, daß die in Rede stehenden Erzeugnisse auch im Inland auf dem Markt anzutreffen sind, informiert das BMG die Öffentlichkeit; bei Gefahr von Gesundheitsschäden direkt. In allen anderen Fällen (Täuschung) werden die für den Importeur zuständige oberste Landesbehörde und die übrigen Bundesländer informiert. Das zuständige Fachministerium entscheidet dann nach weiteren Ermittlungen und Anhörung des Betroffenen über eine Information der Öffentlichkeit.

Die Modalitäten und der (Standard)Umfang der Informationen sind durch das EG-Schnellinformations-System geregelt. Die Namensgebung täuscht hier allerdings, Informationszeiträume von 4-6 Wochen sind derzeit normal und m.E. unzumutbar. In Analogie dazu existieren, z.B. in Nordrhein-Westfalen, auf dem Erlaßweg festgelegte Berichtsmodi, allerdings mit deutlich kürzeren Durchlaufzeiten.

Soweit die reine Lehre oder der formale Weg.

Ausgehend von einem lokalen Skandal, der sich bekannterweise gleich einem Flächenbrand über die gesamte Region bis Republik ausbreiten kann, sind innerhalb einer Gemeinde, einer Region schnell 3 bis 4 Behörden (Untersuchungsanstalt, Veterinär- und Lebensmittel-Überwachungsamt, Bezirksregierung, Fachministerium) involviert. Bei überregionaler Verbreitung der Ware vervielfacht sich die Anzahl entsprechend (siehe auch Tabelle 1).

Insofern sollte es niemanden verwundern, daß bei der interdisziplinären Zusammensetzung (Lebensmittel-Veterinäre, -Chemiker, -Kontrolleure) und der Vielzahl der einzelnen Organisationseinheiten zum gleichen Thema / Fall durchaus unterschiedliche Kommentare, Meinungen, Einschätzungen von sich aus oder auf Anfragen der Medienvertreter, wie auch der Verbraucher, gegeben werden.

Es besteht durchaus ein Interesse der Unteren Behörden, d.h. der Veterinär- und Lebensmittel-Überwachungsämter und der Untersuchungsanstalten, die in sehr vielen Fällen die Erstinformation aufgrund ihrer Tätigkeit besitzen, ihre Informationen, parallel zur Meldung an die Oberbehörden, unmittelbar an die Öffentlichkeit weiterzugeben. In gleicher Weise verhalten sich allerdings auch die Oberbehörden, so daß die morgendliche Zeitungslektüre zuweilen die Information bringt, die man im Verlauf des Tages, häufig aber erst später, auf dem Dienstweg (Fachministerium => Bezirksregierung => Kreisordnungsbehörde) offiziell erhält - „Sehr angenehm“ bei dann auflaufenden Verbraucher-/Journalistenanfragen!

Einer gewissen Politisierung von Fachinformationen leistet das Vorschub, so daß Skandale oder Pseudoskandale für politische Zwecke mißbraucht werden. Auftragsgemäßes Handeln (Verbraucherschutz praktizieren), Information des Verbrauchers via Medien und nicht zuletzt Dokumentation der eigenen Leistungsfähigkeit - „man tut was“ , „man ist am Ball“ - bergen die Gefahr von Selbstüberschätzung und auch unkorrekter Information, da unvollständig, in sich. Nach dem Motto: Wer häufig positiv in den Medien ist, positive Meldungen über seine Leistungsfähigkeit, sprich Aufdecken von Übeltätern, potentiellen Betrügern, vorweisen kann, hat auch gute Chancen mit entsprechenden Finanzmitteln ausgestattet zu werden.

Das ist Praxis, und letztlich auch gut so, denn wer will schon eine reine Hofberichterstattung?!

Ausgenommen hiervon sind eigentlich nur die Kollegen, die ihre Beamtenruhe so außerordentlich kultiviert pflegen und schätzen, daß sie möglichst jeden Kontakt mit übergeordneten Dienststellen und erst recht mit den Medien meiden.

Grundsätzlich läßt sich die Kanalisierung von Verbraucherinformation seitens der Behörden von zwei Seiten sehen.

Positiv: Es ist ein praktikabler Weg zu gewährleisten, daß einheitliche Informationen zu dem anstehenden Problem gegeben und somit die Verbraucher nicht durch unterschiedliche bis widersprüchliche Aussagen verunsichert werden.

Negativ: Durch gezielte Informationen bzw. gezieltes Nichtinformieren können evtl. bestehende Versäumnisse in der Überwachungstätigkeit oder in der (Fach-)Aufsicht kaschiert werden, bis hin zur Beeinflussung der Verbraucher, um eigene politische Ziele zu verwirklichen.

Festzuhalten bleibt, daß die Behörden eine gewichtige Stimme in ihrer Funktion als Schiedsrichter, teilweise auch als Zeugen, in der Medienöffentlichkeit haben, quasi von Amts wegen. Es geht soweit, daß Einzelpersonen, Handelsunternehmen oder sogar ganze Branchen aufgrund behördlicher Verlautbarungen (meist Warnungen vor gesundheitsgefährdenden Lebensmitteln, Bedarfsgegenständen ...) empfindliche wirtschaftliche Einbußen erleiden können.

Neben diesen offiziellen Informationsquellen melden sich noch eine Vielzahl anderer Institutionen, Interessenvertretungen, Fachverbände und Vereine sowie Einzelpersonen, d.h. Sachverständige und solche, die sich dafür halten, zu Wort. Sie gehen ihrerseits auf die Medien zu. Publizisten, die aufgrund eigener Intention oder nach Information „aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen“ nach mehr oder weniger intensiver Recherche an die Öffentlichkeit gehen, sind hier ebenfalls zu nennen. Manchmal werden die Behörden dadurch regelrecht aufgeschreckt.

Es überrascht dann den Fachmann, daß in den Medien immer wieder sogenannte Experten zu Wort kommen, die in Fachkreisen nicht dazu gerechnet werden. In einem Fall sah sich die Lebensmittelchemische Gesellschaft dazu genötigt, sich offiziell von Herrn P. zu distanzieren.

Besonders im regionalen Bereich der schreibenden Medien muß konstatiert werden, daß sich Volontäre oder Berufsanfänger zu Experten hochstilisieren wollen.

Daraus ergibt sich zwangsläufig, daß aus so einer Berichterstattung in diesem Themenumfeld, bei dem sich praktisch jeder als Fachfrau / Fachmann sieht - denn man ißt und trinkt täglich -, eine weite Qualitätsspanne resultiert. Von kritisch - hinterfragend - informativen, also seriösen Berichten, bis hin zu reinen Skandalstories kann man alles finden. Dies ist allerdings stark abhängig von der jeweiligen Zeitung bzw. Sender.

Läßt man einmal die vorrangig informativen Berichte / Sendungen über einzelne Lebensmittel bzw. Technologien außer Acht, sind die zentralen Themen der Berichterstattung unter den Stichworten:

- gesundheitsgefährdend
- schadstoffbelastet
- vergiftet
- krebserregend

problemlos zusammenzufassen.

Einer irrationalen Risikoverarbeitung/-beurteilung wird damit Vorschub geleistet. Praktisch alle Lebensmittel, die in einer kritischen (?) Berichterstattung erwähnt werden, sind schnell mit dem Stigma gesundheitsgefährdend bis gesundheitsschädlich bedacht.

Gemeinsam ist sehr vielen Berichten, insbesondere den mehr skandalorientierten, daß die für jedes Stoffsystem außerordentlich wichtige Beziehung von Dosis und Wirkung außer Acht gelassen wird.

Der sich im Oktober 1996 entwickelnde Skandal um BADGE (Bisphenol-A-Digyciether) aus Innenwandbeschichtungen von Fischkonserven mag hierfür ein Beispiel sein.

Was lief ab: ein Diskussionsvortrag im Rahmen der GDCh-Tagung in München zur Analytik von BADGE mit der Aussage, es handele sich um eine potentiell krebserregende Substanz.

In einer Videotext-Vorabmitteilung seitens des RTL für die Sendung „Explosiv - Extra“ , von Montag dem 28.10.96, wird ausgesagt: „... BADGE ist in der Schweiz offiziell als kanzerogen bezeichnet. ... z.Z. gilt für BADGE laut EU-Richtlinie ein strenger Grenzwert von 0,02 mg/kg. ... „Extra“-Test ergab von 8 Proben aus ölhaltigen Fischkonserven ... hat das Bad Kreuznacher Analysenlabor von Dr. Kaasen-Aschoff 7 Proben mit BADGE-Belastungen mit Werten, die bis 130-fach über dem Grenzwert liegen, ermittelt. ...in der Schweiz wurden in diesem Jahr Zehntausende Konserven beschlagnahmt und vernichtet, hunderttausende zurückgeschickt. Eine gemeinsame Aktion der Behörden, von der die Bevölkerung nie etwas erfuhr. ... die deutschen Behörden wurden informiert. Doch die können angeblich nichts tun. ...“

Damit war letztlich die Grundlage für einen Skandal gegeben.

- Dann:
1. BADGE ist krebserregend,
 2. die Behörden machen gemeinsame Sache mit den Herstellern,
 3. die Bevölkerung wird hinters Licht geführt.

Bei dem erwähnten „0,02 mg“ Grenzwert handelt es sich um einen spezifischen Migrationswert, der für Verpackungsmaterialien aus Kunststoffen festgelegt wurde und praktisch als „0“-Wert anzusehen war, da er die analytische Nachweisgrenze beschrieb. Dies hätte man bei etwas Rechercheaufwand ohne Probleme feststellen können, z.B. durch Nachfrage bei einem Fachkundigen, der die Analytik und die Bedarfsgegenstände-VO kennt.

Nach bisherigen toxikologischen Untersuchungen wurde der o.g. Migrationsgrenzwert für BADGE durch die Arbeitsgruppe „Kontaminanten“ der Sentaskommission zur Beurteilung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) als unter Vorsorgegesichtspunkten „vernünftig“ angesehen (Sitzung Mitte Oktober '96 in Zürich). Eine gesundheitliche Bedenklichkeit konnte aufgrund der vorliegenden toxikologischen Daten nicht festgestellt werden, geschweige denn eine Einstufung als „kanzerogene Substanz“. Umgekehrt sei es jedoch zu früh, bei Gehalten oberhalb von 1 mg BADGE/kg Öl eine gesundheitliche Unbedenklichkeit gesichert anzunehmen - so die Kommission -. Wäre seitens des Redakteurs sorgfältiger recherchiert und wären die genannten Grenzwert

te im korrekten Zusammenhang erwähnt worden, hätte er die Gesetzeslücke erkannt und einen ernsthaft kritischen Bericht bringen können, was jedoch geringere Einschaltquoten zur Folge hat, aber keine „reißerische Story“ .

Bemerkenswert war allerdings, daß die übrigen Medien, nach zur Verfügungstellung von Hintergrundinformationen, praktisch nicht darauf angesprungen sind; jedenfalls nicht im Sinne von RTL. Es wurde über das Problem BADGE breit, aber sachlich berichtet. Nicht zuletzt ein Verdienst der betroffenen Industrie und der Behörden, die rechtzeitig genug erkannt haben, daß das vielfach praktizierte „Mauern“ nichts bringt und die Initiative ergriffen. Man hat offen und m.E. umfassend Medien und damit die Verbraucher informiert.

Anhand dieses Beispiels könnte man die These wagen: Mißstände werden (von wem auch immer) aufgedeckt. Betroffene Kreise, wie Industrie, Handel und zuständige Behörden, reagieren zeitnah, offen und mit detaillierten, auch für den Nichtfachmann verständlichen Informationen ==> Berichterstattung erfolgt sachlich - kritisch, aber nicht skandalös.

Daß es auch völlig anders verlaufen kann, hat der vor einigen Jahren die Öffentlichkeit beschäftigende Baby-Food-Skandal gezeigt. Deutsche Babys sollten mit spanischer Babykost vergiftet werden. Breie mit 5-fach höheren Pestizid-Gehalten gegenüber deutscher Ware sollten nunmehr Mütter ihren Babys verabreichen - unzumutbar! Deutsche Babys sollen vergiftet werden!?

Die ganze Aktion, in die Öffentlichkeit gebracht von einer Umweltschutzorganisation, hat soviel Unruhe gestiftet, daß sich auch unsere Politiker persönlich zu diesem Thema - entweder schlecht beraten, oder von sich aus ohne Sachkenntnis - äußerten. Das Ganze war höchst politisch geworden.

Was stand dahinter? Nichts! - Außer privater Geschäftsinteressen eines deutschen Markenartikelherstellers kontra Handelskette. Die potentiell höheren Rückstandsgehalte an PSBM (Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmittel) in Babykost spanischer Herkunft sind und waren toxikologisch irrelevant. Die ausgesprochenen Empfehlungen, Ware vom Wochenmarkt zu kaufen und selbst zuzubereiten, waren falsch, denn derartige Ware darf als „normales Handelsprodukt“ deutlich höhere

Rückstandsgehalte bis in den „mg-Bereich“ aufweisen. Für Babykost gilt als Grenze max. 0,01 mg/kg, was im Bereich der analytischen Nachweisbarkeit liegt.

Hier haben die Behörden, zumindest anfänglich, mit ihrer Informationspolitik versagt. Aber die Medien waren auch nicht viel besser. Man hatte eine Story für Wochen; das sichert Auflagen. Mit ein wenig mehr an Materialsammlung hätte man es erkennen können und müssen, wie sinnlos das Ganze doch war.

Es bleibt festzuhalten, daß die Qualität einer kritischen Berichterstattung zum einen von der Qualität der Informationen (Umfang, Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit), zum anderen auch von der Qualität des Journalisten abhängt, der diese Informationen verarbeitet. Auch hier gibt es genügend Defizite oder „Stars von eigenen Gnaden“.

Wie gehen nun die Lebensmittelproduzenten, speziell die Lebensmittelindustrie, mit ihrer Verantwortung gegenüber den Verbrauchern um?

Sicherlich gilt, Lebensmittelproduzenten können auf Dauer nur dann erfolgreich sein, wenn sie ihre Kunden nicht vergiften. Anders ausgedrückt, ihr Interesse muß darauf gerichtet sein, zufriedene Kunden zu haben. Sie müssen sichere, gesundheitlich unbedenkliche, sogar gut schmeckende und auch preiswerte Lebensmittel anbieten. Im herrschenden Wettbewerb scheint dies auch alles zu funktionieren. Laut Werbung sind alle Erzeugnisse die reinsten, natürlichsten, gesündesten und die unter schonendsten Bedingungen hergestellten. Mit manchen, z.B. levitiertem Wasser (in einem statischen Mischer durchwirbeltes (Leitungs-)Wasser) kann man sogar eine Vielzahl von Krankheiten behandeln, aber auch Beton soll davon fester werden und Schnittblumen länger frisch bleiben.

Man sollte sich nur die Mühe machen und Werbeanzeigen/-fernsehen konsumieren, um zu wissen, was einem fehlt!

In jüngster Zeit soll nun ein landwirtschaftliches Abfallprodukt, nämlich Weizenstroh, in Milch-erzeugnisse und in die Wurst. Als hervorragende Zutat zur Wasserbindung, Konsistenzverbesserung, aber selbstverständlich auch als wertvoller Ballaststoff, wird für das Material, verkleidet als „Weizenfaser“, geworben.

Einigen Marketingstrategen scheint in diesem Zusammenhang fast jedes Mittel recht zu sein.

Läßt man diese Facette, die sich praktisch ausschließlich auf Verbrauchertäuschung bezieht, außer Acht und nimmt die wesentlich essentiellere Frage der Gesundheitsschädlichkeit unter die Lupe, so wird sehr empfindlich reagiert. Bei Gefährdungen, sei es aus eigener Erkenntnis oder aufgedeckt durch Untersuchungstätigkeiten, Befundungen der Lebensmittelüberwachung oder Dritten, wird zumeist aus grundsätzlichem Geschäftsinteresse jegliche negative Medien-öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem eigenen Namen oder mit vermarkteten Produkten vermieden bzw. schnell reagiert.

Natürlich ist dies alles nicht so schlimm, wie der Verbraucher vermuten mag, aber man handelt vorsorglich - so oft der Tenor bei öffentlichen Rückrufaktionen. Häufiger wird allerdings der „stille Weg“, die Ware verschwindet aus den Verkaufsregalen, gewählt. Beides ist i.d.R. mit den zuständigen Behörden bis ins Detail abgestimmt. Schadensbegrenzung wird praktiziert.

Was von größerer Bedeutung für die Entscheidungsfindung im Einzelfall ist, die Verantwortung zum Schutz des Verbrauchers oder das eigene Geschäftsinteresse, mag dahingestellt bleiben. Entscheidend sind die Fakten: Offensichtlich gesundheitsgefährdende bzw. gesundheitsschädigende Ware verschwindet nach entsprechender Erkenntnis schnell vom Markt.

Darüber hinaus ist positiv zu werten, daß die anfangs mit Skepsis aufgenommenen, zusätzlichen Qualitätssicherungsmaßnahmen nach DIN-ISO 9000 ff. bzw. entsprechende, nach den Grundsätzen des HACCP-Konzeptes, wie in der neuen Bundes-Hygiene-VO gefordert, umgesetzt werden. Das verursacht zwar im Rahmen der Einführung Mehrkosten und Mehrarbeit, aber letztlich doch mehr Produktsicherheit, weniger Fehlprodukte und schließlich Kostensparnisse, sowie mehr Sicherheit und Ruhe auf dem Markt in Punkto Gesundheitsgefährdung. Insofern nähern sich Geschäftsinteresse(n) und Verantwortung gegenüber dem Verbraucher an.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten:

1. Die Qualität einer kritischen Berichterstattung ist abhängig von seriöser Information, die zumindest von den zuständigen Fachbehörden faktenorientiert mit Detail- und Hintergrundinformation, verständlich auch für den Nichtfachmann, zügig erfolgen müßte. Gleichzeitig ist fachliche Qualität für die derartige Informationen verarbeitenden Journalisten erforderlich.
2. Die staatliche Aufsicht und Kontrolle hat von Amts wegen eine Stimme, und zwar die als Schiedsrichter, in der Medienöffentlichkeit. Dieser Stimme wird allerdings, wenn es sich um positive Nachrichten handelt, nur recht wenig Aufmerksamkeit geschenkt.
3. Die Lebensmittelindustrie nimmt unter Anwendung der Qualitätssicherungssysteme ihre Verantwortung gegenüber dem Verbraucher in Bezug auf Gesundheitsgefährdung zunehmend wahr. Erhebliche Defizite werden allerdings in der Verantwortung in Bezug auf Verbrauchertäuschung gesehen.

Professor Dr. Johannes Friedrich Diehl

Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft zur Erreichung von Lebensmittelsicherheit - Anforderungen aus der Sicht der Wissenschaft

Wie Karl Valentin es ausdrückte: Es ist schon alles gesagt worden - aber noch nicht von allen! Wir haben über Lebensmittelsicherheit und den Wettlauf mit der Wahrheit in den interessantesten Referaten der Vormittagssitzung schon viel gehört. Dabei ist auch mehrfach der sogenannte Flüssigei-Skandal von 1985 erwähnt worden. Ich wollte ihn daher schon aus meinem Vortragsmanuskript streichen - aber da Herr Kollege Steffens in diesem Zusammenhang den schillernden Begriff „Unheilsvermutung“ verwendete, will ich doch noch einmal auf diese Affäre zurückkommen.

Worum ging es damals? Sonntag Aktuell, die Sonntagsbeilage der Stuttgarter Zeitung, brachte in der Ausgabe vom 3. August 1985 einen Beitrag des Journalisten Herbert Schäfer unter der Überschrift „Eibrei aus toten Küken“. Darin wurde berichtet, die holländische Firma Johannes van Loon habe jahrelang deutsche Lebensmittelbetriebe mit Flüssigei aus bakteriell infizierten Eiern und während des Brutvorgangs abgestorbenen Kükenembryos beliefert. Den deutschen Behörden wurde vorgeworfen, sie behandelten die Angelegenheit wie ein Staatsgeheimnis und hielten eine 20 Schreibmaschinenseiten lange Liste mit den Namen der von dem Skandal betroffenen Lebensmittelfirmen zurück.

Weitere Beiträge von Herbert Schäfer erschienen in verschiedenen Zeitungen, zum Teil begleitet von ekelerregenden Fotos, ebenfalls von Herbert Schäfer geliefert. Innerhalb von wenigen Tagen nahm sich die gesamte deutsche Presse dieses Falles an, zum großen Teil auf Seite eins. Auch im Fernsehen wurde das Thema bereitwillig aufgegriffen und mit offensichtlich gestellten Bildern untermalt, die Kükenembryos in Großaufnahme zeigten, bevorzugt in einem Cocktail aus Eimasse, Blut und Hühnerkot schwimmend. Von „illegaler Eipampe“ war die Rede, von „übelriechender Eisuppe“, von „Eibrei aus toten Küken“, von „holländischem Kükenbrot“ - und das als Rohstoff für die Herstellung von Nudeln, Backwaren, Eierlikör, Mayonnaisen! Von Ekel geschüttelt warfen viele Verbraucher alle Teigwaren und andere eihaltige Erzeugnisse, die sie im Hause hatten, in die Mülltonne. Der Verkauf solcher Produkte kam vorübergehend fast zum Stillstand.

Auf dem Höhepunkt der öffentlichen Erregung meldete sich das Regierungspräsidium Stuttgart zu Wort, prangerte in einer Presseerklärung vom 15. August „üble Praktiken von Flüssigeillieferanten“ an, versprach, auf diesem „anrücklich gewordenen Markt“ in kurzer Zeit wieder saubere Verhältnisse herzustellen, und veröffentlichte - zwar keine 20 Schreibmaschinenseiten füllende Liste von Firmen - aber immerhin fünf Namen von Teigwarenproduzenten, denen vorgeworfen wurde, verunreinigtes Flüssigei verwendet zu haben. Unter den genannten war die marktführende Firma Birkel, die „mikrobiell verdorbene Ware“ auf den Markt gebracht haben sollte. Die Verbraucherzentrale Stuttgart übernahm prompt die vom Regierungspräsidium erhobenen Vorwürfe, warnte eindringlich vor dem Verzehr von Nudeln und forderte die Händler auf, betroffene Produkte umgehend aus den Regalen zu nehmen.

Die Vorwürfe basierten nicht auf der Entdeckung von Bakterien, sondern auf der gaschromatographischen Bestimmung des Fettsäuremusters in Teigwarenproben, die im Lauf des Jahres 1984 im Einzelhandel gezogen und zwischen Oktober und Dezember 1984 untersucht worden waren. Die Anwendung dieser Methode bei Flüssigei ist unumstritten, die Anwendung bei Teigwaren jedoch nur mit Einschränkungen möglich, wobei zwischen Anzeichen für mikrobiologischen Verderb und Anzeichen für die Verwendung von Bruteiern klar unterschieden werden muß. Da wir in Münster tagen, möchte ich darauf hinweisen, daß diese sehr nützliche Methode im Institut von Professor Ludwig Acker entwickelt worden ist, der hier Ordinarius für Lebensmittelchemie war. Er und seine Doktorandin Sigrid Littmann haben in ihren Veröffentlichungen die Besonderheiten der Anwendung dieser Methode auf Teigwaren deutlich angesprochen. Leider wurden bei den Verlautbarungen des Regierungspräsidiums weder die erforderlichen Einschränkungen berücksichtigt, noch wurde klargestellt, daß die Analysenergebnisse sich gar nicht auf die aktuelle Produktion, sondern auf Proben aus dem Vorjahr bezogen.

In den folgenden Tagen wurde deutlich, daß das in Baden-Württemberg für die amtliche Lebensmittelkontrolle eigentlich zuständige Sozialministerium die Interpretation des Regierungspräsidiums keineswegs teilte. Auch das Regierungspräsidium Nordbaden in Karlsruhe äußerte sich sehr zurückhaltend. Am 21. August konnte man in den Badischen Neuesten Nachrichten lesen, in den Chemischen Landesuntersuchungsanstalten Karlsruhe und Pforzheim seien im Jahre 1985 insgesamt 49 Proben von Flüssigei untersucht worden, darunter auch solche, die von dem niederländi

schen Hersteller van Loon stammten, und in keinem Fall habe es Beanstandungen gegeben.

Ende August verbreitete dpa eine Ehrenerklärung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände für „Nudeln aller Art“. Dem Marktführer Birkel sei zu bescheinigen, daß seine Produkte durch falsche Behördenberichte zu Unrecht ins Gerede gekommen seien. (Die AgV hätte hinzufügen können, daß die Verbraucherzentrale Stuttgart an diesem Gerede sehr aktiv beteiligt war.) Ende September teilte die Sozialministerin Barbara Schäfer der Presse mit, „daß nach dem Ergebnis der amtlichen Ermittlungen die Nudeln aus Baden-Württemberg zu keinem Zeitpunkt eine auch nur entfernte Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung dargestellt hätten.“ Kurz darauf wurde in Stuttgart ein öffentliches Nudeessen unter Beteiligung von Ministerpräsident Späth veranstaltet, der sein volles Vertrauen in die Qualität der im Lande produzierten Teigwaren betonte. Ende des Wettlaufs mit der Wahrheit? Noch nicht.

Der Firma Birkel, deren Umsatz um etwa 60 Millionen DM zurückging, nutzten diese späten Erklärungen wenig. Sie mußte zwei ihrer Werke schließen und nahezu 500 Mitarbeiter entlassen, die mit 30 Millionen Mark abgefunden wurden. Die Firma verklagte das Land Baden-Württemberg auf Schadensersatz und gewann diesen Prozeß in zwei Instanzen. Das Land zahlte schließlich 13 Millionen DM Schadensersatz und mußte die Prozeßkosten in Höhe von fast

2 Millionen DM tragen. Schon vorher wurde Birkel an den französischen Konzern BSN verkauft. Regierungspräsident Manfred Bulling, in der Presse als politisch ehrgeizig und als „allzu forsch“ charakterisiert, nahm im November 1989 seinen Abschied. In einem 1991 in der „Zeitschrift für das gesamte Lebensmittelrecht“ veröffentlichten Rückblick auf den Birkel-Prozeß kommt der Hamburger Jurist Rainer Schade zu dem Ergebnis, die Maßnahmen des Regierungspräsidiums dienten lediglich der eigenen Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit, nicht jedoch dem Verbraucherschutz. Ein vernichtendes Urteil. Die Selbstdarstellung hat immerhin 500 Menschen den Arbeitsplatz gekostet, hat eine Familienfirma mit über hundertjähriger Tradition ruiniert und den Steuerzahler 15 Millionen Mark gekostet.

Vielleicht wurden bei der Qualitätskontrolle der Firma Fehler gemacht, die Gerichtsurteile erster und zweiter Instanz ließen das offen, mit Sicherheit wurden auch von der Birkel-Geschäftsführung Fehler in der Öffentlichkeitsarbeit gemacht, in der Art, wie

auf die Vorwürfe reagiert wurde. Fest steht jedenfalls, daß durch die Erzeugnisse dieser Firma zu keinem Zeitpunkt eine Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung bestand, daß die warnende Behörde unzuständig und die Maßnahmen dieser Behörde unverhältnismäßig waren. Der sogenannte Birkel- oder Flüssigei-Skandal war viel mehr ein Regierungspräsidiums-Skandal. Die Wissenschaft durfte in der ganzen Angelegenheit nur eine Nebenrolle spielen.

Herr Steffens sagte heute morgen, auch in diesem Fall, wie bei anderen Lebensmittelskandalen, die in den letzten Jahren die Verbraucherschaft erregten, sei eben zunächst die Unheilsvermutung wichtiger gewesen als ein Abwarten auf endgültige Erkenntnisse der Wissenschaft. Mir erscheint diese Interpretation sehr bedenklich. Die Wortschöpfung Unheilsvermutung ist vermutlich in Anlehnung an das in dubio pro reo, die Unschuldsvermutung, entstanden. In Strafprozessen ist die Unschuld des Angeklagten anzunehmen, solange das Gericht nicht von seiner Schuld überzeugt ist. In völliger Umkehrung dieses Prinzips halten manche es heute für richtig, von einem Betrieb oder seinen Erzeugnissen Unheil zu erwarten, auch wenn dieser Verdacht nicht durch wissenschaftliche Untersuchungen belegt ist. Wo kommen wir hin, wenn - nur weil irgend jemand Unheil für die Verbraucher vermutet - ganze Betriebe und viele Arbeitsplätze vernichtet werden können?

Merkwürdige Auffassungen von der Rolle der Wissenschaft

Hat sich nun das Verhältnis von Politik und Wissenschaft seit 1985 verbessert? Ich fürchte nicht. Wenden wir uns dem Thema Dioxine zu, das für das heutige Symposium relevant ist, da die Dioxinaufnahme ganz überwiegend aus der Nahrung stammt. Nachdem amtliche Untersuchungsergebnisse eine geringe Dioxinbelastung der Bevölkerung in Dortmund gezeigt hatten, schrieb Bärbel Höhn, damals Fraktionssprecherin der Grünen im Landtag Nordrhein-Westfalen, heute Umweltministerin dieses Landes, in der Frankfurter Allgemeinen vom 31.12.1993: „Die bisherigen Studien über Dioxine in Nordrhein-Westfalen weisen oft erstaunlich niedrige Belastungen aus. Sie ergeben immer, daß die Bevölkerung nicht gesundheitlich gefährdet ist, obwohl durch die Industriestruktur hier die Belastung besonders hoch sein müßte“. Höhn verlangte daher: „Die Betroffenen müssen Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten bei den Untersuchungen erhalten. Für Dioxinmessungen ist nämlich entscheidend, wo und wie untersucht wird“. In anderen Worten: Wenn ein Analysenergebnis nicht dem

politischen Vorurteil entspricht, dann muß es denjenigen, die sich für betroffen halten, gestattet sein, dieses Ergebnis zu korrigieren. Ähnliche Äußerungen hat man schon oft gehört. Wenn das von Fachexperten erarbeitete Urteil nicht gefällt, ruft man nach „alternativen“, nach „kritischen“, nach „unabhängigen“ Wissenschaftlern. Als ob die Mitarbeiter eines Ökoinstituts, das ausschließlich von Spenden und Drittmitteln lebt, unabhängiger oder kritischer wären als eine staatliche Untersuchungsanstalt oder ein Professor in unkündbarer Position.

Damit kein falscher Eindruck entsteht: Ich will nicht die Grünen als besonders wissenschaftsfeindlich darstellen. Die Grundeinstellung, wissenschaftliche Gutachten seien nur dann gut und brauchbar, wenn sie die eigene Auffassung bestätigen, gibt es in allen Parteien. Am 15. April 1996 habe ich an einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Thema „Künftige Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ teilgenommen. Bei dieser Anhörung sprach sich ein CDU-Abgeordneter für Einsparungen im Bereich der Agrar- und Ernährungsforschung aus und führte zur Begründung an, man solle doch nicht glauben, die Einbeziehung von Wissenschaftlern würde automatisch zu einer Versachlichung von Diskussionen führen. Es sei doch bekannt, daß da jeder „seinen“ Wissenschaftler, „sein“ wissenschaftliches Institut zitiere. Im übrigen erinnerte er daran, daß wissenschaftliche Gremien oft zu Ergebnissen kämen, die politisch ganz unerwünscht seien. Ein solches Gremium habe zum Beispiel unerhörterweise festgestellt, die Anwendung bestimmter Hormone in der Tierzucht sei gesundheitlich unbedenklich. Er finde dies bedauerlich.

Auf die Einstellung, die Wissenschaft müsse für die Politik nützliche Aussagen liefern, sonst sei sie nichts wert, bin ich wiederholt in den Jahren gestoßen, als das Reinheitsgebot für das deutsche Bier in Europa ein großes Diskussionsthema war. Sie erinnern sich: Der EG-Kommission war die importbehindernde Wirkung des deutschen Reinheitsgebots seit langem ein Dorn im Auge. Im Jahre 1981 forderte sie die Bundesregierung auf, unzulässige Handelshemmnisse bei der Einfuhr von Bier zu beseitigen. Die Bundesregierung weigerte sich und es kam zum Prozeß vor dem Europäischen Gerichtshof. Dieser hatte schon bei früheren Prozessen (wie Cassis de Dijon) entschieden, in einem Staat der EG verkehrsfähige Lebensmittel müßten auch in allen anderen Staaten der Gemeinschaft verkauft werden dürfen, es sei denn, eine Regierung könne darlegen, daß ein Verkaufsverbot in ihrem Land zum Schutz der Gesund

heit der Verbraucher erforderlich sei. Die einzige Chance für Deutschland, den Import nicht nach dem Reinheitsgebot gebrauter Biere weiterhin zu verhindern, wäre ein wissenschaftliches Gutachten gewesen, das für importbiertrinkende Deutsche Gesundheitsschäden vorhersagt. Die Öffentlichkeitsarbeit der deutschen Brauer tat, was sie konnte, um ausländische Erzeugnisse als „Chemie-Biere“ schlecht zu machen - eine Kampagne, die vom damaligen EG-Kommissar Narjes als „Lug und Trug“ charakterisiert wurde. Es fand sich jedoch kein Wissenschaftler, der bereit gewesen wäre, sich international bei seinen Fachkollegen durch die Behauptung lächerlich zu machen, holländisches oder dänisches oder irisches Bier sei weniger gesund als deutsches. Es gab einige Gutachter, die zwar das Loblied des reinen deutschen Bieres sangen, die aber, wenn sie zum Thema möglicher Gesundheitswirkungen kamen, nur sagen konnten: Wenn jemand sich seine Gesundheit mit Bier ruiniert, gleichgültig ob mit deutschem oder importiertem, dann liegt das am Alkohol und nichts anderem.

Bei manchen Bierfreunden stieß dies auf Unverständnis. Mehr oder weniger direkt wurde die Frage gestellt: Wozu hält sich eigentlich der Bund eigene Forschungsanstalten, wenn die nicht in der Lage sind, wichtige politische Entscheidungen der Bundesregierung zu unterstützen? Wer so denkt, hat keine hohe Meinung von Wissenschaft und Wissenschaftlern. Zur Ehre meiner damaligen vorgesetzten Behörde, des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, sei festgestellt, daß ich mich weder in diesem Fall noch sonst jemals unter Druck gesetzt fand, aus politischen Opportunitätsgründen gegen wissenschaftliche Prinzipien zu verstoßen. Ich betone dies, weil in der Öffentlichkeit die Meinung weit verbreitet ist, beamteten Wissenschaftlern könnte von ihrer vorgesetzten Behörde vorgeschrieben werden, wie das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung oder die Schlußfolgerung eines Gutachtens zu lauten hat.

Um Mißverständnisse zu vermeiden: Ich plädiere hier nicht gegen das deutsche Reinheitsgebot für Bier, ich werbe nicht für den Hormoneinsatz in der Tierzucht, ich unterstelle nicht, daß weitere Dioxinuntersuchungen überflüssig seien, ich behaupte nicht, es habe nie Hygieneprobleme bei Flüssigei gegeben. Vielmehr will ich zeigen, daß nicht selten hinter dem so gut klingenden Ruf nach mehr Lebensmittelsicherheit politisches Opportunitätsdenken steckt - oder der Kampf um Marktanteile - oder die Sensationsgier der Medien. Ich wehre mich dagegen, daß Wissenschaft und Wissen-

schaftler mißbraucht werden, um bereits getroffenen politische Urteile, Beschlüsse oder Maßnahmen nachträglich zu rechtfertigen.

Die betrübliche Geschichte der Gentechnik in Deutschland

Wenden wir uns dem Thema Gentechnik zu. Im Jahre 1973 gelang den amerikanischen Forschern Cohen und Chang erstmals die gezielte Übertragung genetischer Information in eine Zelle. Die sich daraus ergebenden Möglichkeiten wurden in der Wissenschaft sofort erkannt - und sofort, lange ehe die Öffentlichkeit von diesen Entwicklungen Kenntnis nahm, wurde die Frage nach möglichen Risiken diskutiert und experimentell untersucht. Bei der Asilomar Konferenz von 1975 waren die bedeutendsten Molekularbiologen Nordamerikas versammelt und lieferten sich heiße Diskussionen über die Notwendigkeit einer Selbstbeschränkung der Forschung und eines Moratoriums in der Anwendung der neuen Methode. Die dort geäußerten Bedenken führten zu weiteren Untersuchungen, die schließlich auch die zunächst ablehnenden Kollegen überzeugten, daß die verbleibenden Risiken sehr gering waren im Vergleich zu den phantastischen Möglichkeiten, die sich durch Anwendung der Gentechnik in der Medizin, der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung und auf anderen Gebieten ergaben.

Bereits 1975 wurden in USA durch das *Recombinant DNA Advisory Committee* des Nationalen Gesundheitsinstituts NIH und 1976 in der Bundesrepublik Deutschland durch die *Zentrale Kommission für Biologische Sicherheit (ZKBS)* strenge Regeln für die Selbstkontrolle der Gentechnologie festgelegt. Alles im Kreis der Fachkollegen und ohne Gesetzgebung. Nach weiteren Jahren intensivster Forschung wurden ab 1987 in Großbritannien, USA und Kanada, dann zunehmend auch in anderen Ländern, zahlreiche Freisetzungsversuche mit transgenen Pflanzen genehmigt; in England kam 1989 die erste gentechnisch veränderte Bäckerhefe auf den Markt. Dagegen gab es vereinzelt Proteste - aber in der breiten Öffentlichkeit dieser Länder hat man die Argumente der Fachwissenschaftler akzeptiert und es gibt dort heute kaum mehr Widerstände gegen die Nutzung der Gentechnik. Weltweit gab es 1996 über 2000 Firmen, die diese Technik anwenden, davon 1300 allein in USA, mit dort etwa 120 000 Beschäftigten. Die Zahl der Freilandversuche mit transgenen Kulturpflanzen wird weltweit mit über 10 000 angegeben. Probleme traten dabei nicht auf. Bei einer Reihe von gentechnisch gewonnenen Neuzüchtungen hat man das Versuchsstadium

verlassen und ist zur kommerziellen Nutzung übergegangen, so bei Soja, Mais, Raps, Kartoffeln, Papaya, Kürbis und Tomaten, außerhalb des Lebensmittelsektors in großem Stil bei Baumwolle.

Ganz anders sieht die Situation in Deutschland aus. Die Sensationsmacher der Medien überschütteten die Bürger mit Schauergeschichten über den „Genfraß“, die „Gensoße aus dem Brutschrank“, die „Monsterkost aus dem Genlabor“ oder schlicht „Lebensmittel aus der Röhre“. Vor dem „großen Gen-GAU“ wurde gewarnt. Auch heute noch überbieten sich gegenseitig die Verbraucherzentralen, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände, BUND, Greenpeace und wie sie alle heißen, mit Warnungen vor angeblichen Gefahren durch „genmanipulierte“ Erzeugnisse. Politikern aller Parteien konnte das 1990 verabschiedete Gentechnikgesetz gar nicht scharf genug sein. In den Anhörungen vor Verabschiedung des Gesetzes waren Fachleute der Biotechnologie in der Minderheit. Gewerkschaftsvertreter, Verbrauchfunktionäre, Pastoren und andere Bedenkenräger wetteiferten mit düsteren Vorhersagen und Mahnungen, der Mensch dürfe nicht alles machen was machbar sei. Mit den Worten von Bundespräsident Herzog in seiner berühmt gewordenen Berliner Rede vom April dieses Jahres: „Wir gefallen uns in Angstszenarien. Kaum eine neue Entdeckung, bei der nicht zuerst nach den Risiken und Gefahren, keineswegs aber nach den Chancen gefragt wird.“

Nachdem deutlich wurde, daß durch dieses Gesetz die Forschung in Deutschland immer mehr ins Hintertreffen geriet, wurden die vom Gesetz vorgeschriebenen Sicherheitsmaßnahmen und bürokratischen Hemmnisse in der Novellierung von 1993 in einigen Punkten abgemildert. Offensichtlich erkannten immer mehr Bundestagsabgeordnete, daß sie 1990 auf die falschen Berater gehört hatten. Bundesforschungsminister Rüttgers gab kürzlich sogar bekannt, es sei das Ziel der Bundesregierung, Deutschland bis zum Jahre 2000 zum wichtigsten Biotechnologiestandort in Europa zu machen. Das hätte man zehn Jahre früher haben können.

Manchen Landespolitikern und -behörden war aber selbst die Fassung von 1990 zu großzügig und sie erfanden ihre eigenen Methoden zur Behinderung von Forschung und Produktion. Ich brauche hier nur den Regierungspräsidenten von Gießen zu erwähnen, dem es gelungen ist, von 1987 bis 1994 die Inbetriebnahme einer für 100 Millionen Mark erbauten Insulinproduktionsanlage der Firma Hoechst zu verhindern,

obwohl das im Ausland gentechnisch produzierte Insulin seit 1982 in USA und seit 1984 in der Bundesrepublik verkauft werden durfte und sich nicht nur in Herstellung und Anwendung als völlig problemlos, sondern als dem traditionell aus Schweinepankreas gewonnenen Insulin hoch überlegen erwiesen hat.

Zu diesen amtlichen Behinderungen kommen die gesetzwidrigen Handlungen von militanten Aktivistengruppen, die meines Wissens bisher in keinem Fall zu gerichtlichen Anklagen oder gar Verurteilungen geführt haben. Ich erinnere an die gegen gentechnische Forschung gerichtete Brandstiftung im Institut für Biochemie der TH Darmstadt, die 1989 einen Schaden von 2 Millionen Mark verursacht hat und zu der sich die Gruppe „Zornige Viren“ bekannte. Wie Arndt und Schiemann von der Biologischen Bundesanstalt kürzlich im Nachrichtenblatt des Deutschen Pflanzenschutzdienstes berichtet haben, wurden 1996 von 33 Freisetzungsvorhaben 19, also fast 60%, durch Ausreißen der Pflanzen oder Verwüstung der Felder behindert oder völlig zerstört. Der dadurch verursachte Schaden wird auf 4 Millionen Mark geschätzt. Der Schaden, der durch solche illegalen Aktionen dem Forschungs- und Wirtschaftsstandort Deutschland zugefügt wird, läßt sich nicht in Zahlen ausdrücken.

Nach einem im Wirtschaftsteil der heutigen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (29. Oktober 1997) erschienenen Artikel werden in den Vereinigten Staaten bereits 12 Millionen Hektar Anbaufläche mit gentechnisch verändertem Saatgut bestellt; das entspricht der gesamten Ackerfläche in Deutschland. Verursacht durch die Verzögerung entsprechender Zulassungen in Deutschland, werden die deutschen Landwirte schon im Jahr 2000 durch entgangenen Umsatz einerseits und durch zu hohe Kosten für Schädlingsbekämpfungsmittel bei traditionellen Sorten andererseits etwa 500 Millionen DM verlieren. Die Verluste der deutschen Pflanzenzüchter sind dabei nicht mitgerechnet.

Zerrüttetes Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik

Ein weiteres Beispiel für die Zerrüttung des Verhältnisses zwischen Wissenschaft und Politik in diesem Land ist das Trauerspiel um die Leukämiefälle in der Elbmarsch. Das ist nun kein Lebensmittel- oder Ernährungsthema - aber ich meine doch, es gehört hierher. Bereits seit Anfang des Jahrhunderts ist bekannt, daß Leukämie in Clustern auftritt, also in bestimmten Wohngebieten stärker als in anderen. Warum das so ist,

weiß man nicht. Auch in der Nähe von Kernkraftwerken gibt es Orte, in denen die Leukämiehäufigkeit höher ist als im nationalen Durchschnitt - jedoch nicht höher als in vielen anderen, weit von Kernreaktoren entfernten Orten. Vermutungen über einen ursächlichen Zusammenhang zwischen einem Leukämiecluster in der Nähe von Geesthacht gab es schon vor 20 Jahren. In neuerer Zeit gibt es ähnliche Vermutungen und sogar Behauptungen über den Kernreaktor Krümmel. Zur Klärung sind wiederholt umfangreiche wissenschaftliche Studien in Auftrag gegeben worden, die jedesmal zu dem Ergebnis führten, es sei kein Zusammenhang zwischen Reaktorbetrieb und Leukämiehäufigkeit feststellbar. Kernenergiegegner wollen aber diesen wissenschaftlichen Befund nicht anerkennen. Der Hamburger Professor für Strahlenbiologie Horst Jung, ein weltweit anerkannter Fachmann auf diesem Gebiet, hat in der FAZ vom 10. Februar 1997 die jahrelange Kampagne aus Gutachten und Gegengutachten, reißerischen Schlagzeilen, Verängstigung der Bevölkerung und öffentlichkeitswirksamen Aktionismus von Politikern als eine rein politische Auseinandersetzung mit pseudowissenschaftlichen, zum Teil manipulierten „Resultaten“ charakterisiert. Die Regierung des Landes Schleswig-Holstein, die ihre Gegnerschaft zur Kernenergie immer wieder bekräftigt, hat eine Kommission ernannt, der bereits bei ihrer Berufung der Auftrag erteilt wurde, sie solle die Verursachung der Leukämien durch radioaktive Emissionen des Kernkraftwerks Krümmel nachweisen. Zu diesem Zweck hat die Landesregierung fünf als Warner vor den Folgen der Kerntechnik bekannte Wissenschaftler in die Kommission berufen. In der öffentlichen Berichterstattung über die Arbeit der Kommission wird fast ausschließlich die Meinung dieser Kernenergiegegner wiedergegeben, da sie die gewünschten Katastrophenszenarien liefern.

Die Kommission hat in diesem Jahr die größte und teuerste Leukämiestudie der Welt beschlossen. Nach den Angaben von Jung ist das Konzept dieser Studie in einer zweitägigen Anhörung nationalen und internationalen Fachleuten vorgestellt und von diesen verworfen worden, weil es wissenschaftlichen Ansprüchen nicht genüge. Trotzdem haben die Landesregierungen von Schleswig-Holstein und Niedersachsen sich bereit erklärt, für die Kosten dieses Projekts 4 bzw. 2 Millionen DM bereitzustellen. In einer Zeit knappster Haushaltsmittel werden hier 6 Millionen DM Steuergelder zum Fenster hinausgeworfen.

Zum Vorsitzenden der Kommission wurde der Kieler Professor Wassermann bestellt,

der sich weder für Strahlenbiologie, noch für Strahlenmedizin, noch für Epidemiologie qualifiziert hat und der sich auf seinem eigenen Gebiet, der Toxikologie, so unmöglich gemacht hat, daß sich die Deutsche Gesellschaft für experimentelle und klinische Pharmakologie und Toxikologie bereits 1994 öffentlich von ihm distanzierte. Begründung: Er habe nicht haltbare Behauptungen aufgestellt, sich der sachlichen Auseinandersetzung entzogen und stattdessen Kollegen öffentlich diffamiert, die er als kriminell, Lügner, gemeingefährlich und verantwortungs- und gewissenlos bezeichnete. Mindestens in einem Fall ist Herrn Wassermann kürzlich durch Gerichtsbeschuß untersagt worden, einen Kollegen weiterhin durch falsche Behauptungen zu diffamieren.

In jedem anderen Staat der Welt wäre ein Aufschrei der Empörung durch das Land gegangen, wenn die Regierung einen in dieser Weise von der Kollegenschaft disqualifizierten Wissenschaftler zum Vorsitzenden einer staatlichen Kommission gemacht hätte. Nicht so in Schleswig-Holstein, nicht so in Deutschland. Ich habe keinen einzigen Leitartikel oder Kommentar gelesen, in dem dieser skandalöse Vorgang gebrandmarkt worden wäre. Wettlauf mit der Wahrheit? Wer ist so naiv zu glauben, daß es hier in irgendeiner Weise um die Wahrheit geht.

Diese Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, daß Wissenschaft in Deutschland heute nicht mehr den Stellenwert hat wie früher; in der Gesellschaft im allgemeinen nicht und bei Politikern im besonderen nicht. Schon Mitte der 80er Jahre sprach der Philosoph Hermann Lübbe vom kulturellen Geltungsschwund der Wissenschaft, der Soziologe E.K. Scheuch von der Deprofessionalisierung der Wissenschaft. Wolfgang Frühwald, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, konstatierte im letzten Jahr Überreglementierungen, Behinderungen und eine öffentliche und gesellschaftliche Abwertung von Forschung und Wissenschaft in Deutschland. Er sah sich veranlaßt, an Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes zu erinnern, in dem es heißt „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei“. Staat und Gesellschaft müßten sich wieder stärker der verfassungsrechtlichen Gewährleistung der Freiheit von wissenschaftlicher Forschung und Lehre und der darin eingeschlossenen Wertentscheidung des Verfassungsgebers bewußt werden.

Forschungsfreiheit

In der DFG-Denkschrift von 1996, *Forschungsfreiheit - Ein Plädoyer für bessere Rahmenbedingungen der Forschung in Deutschland*, werden vier wesentliche Ursachen für Forschungsbehinderungen genannt: Gesetzgebung, Verwaltungshandeln, Strukturdefizite und rechtswidrige Gewaltaktionen. Die Forschung wurde durch Überbelastung der Hochschulen, normative Randbedingungen im Personalwesen, Zwänge des Haushaltsrechts, lange Dauer und extreme Kompliziertheit von Genehmigungsverfahren immer mehr eingeengt. Militante Aktivistengruppen bedrohen Wissenschaftler, die es noch wagen, Tierversuche durchzuführen. Die Durchführung mancher Tierversuche wurde durch Einbrüche in Institute und Diebstahl von Versuchstieren unmöglich gemacht, Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Kulturpflanzen wurden zerstört. Die Folge ist ein Ausweichen der Forschung auf Themen, die weniger Schwierigkeiten mit Gesetzen, Verwaltung und Protestaktionen erwarten lassen. Es entstehen weiße Felder gerade auf den Forschungsgebieten, die zukunftssträftig sind. Auf diesen Feldern unterbleibt damit die Heranbildung des wissenschaftlichen und technischen Nachwuchses; die Zukunft überlassen wir „den anderen“.

Die DFG-Schrift liefert zahlreiche Beispiele für solche Behinderungen, nennt Forschungsbereiche, die wegen dieser Behinderungen in Deutschland praktisch zum Stillstand gekommen sind und gibt konkrete Empfehlungen zur Beseitigung der Forschungshemmnisse. Soweit ich feststellen konnte, hat diese Denkschrift so gut wie kein Echo in den Medien oder in der Politik gefunden. Dabei steht die DFG keineswegs allein mit ihrer Kritik. Zu Behinderungen der Industrieforschung haben sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als auch der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) und der Verband der Chemischen Industrie Deutschlands (VCI) kritisch Stellung genommen. Hier stehen Dauer und Umfang der Genehmigungsverfahren und die ausgesprochen forschungsfeindliche Steuergesetzgebung seit Ende der 80er Jahre im Vordergrund der Kritik. Deutschland ist heute das einzige große Industrieland der Welt, das auf eine steuerliche Begünstigung von Forschung und Entwicklung und damit auf Innovationsanreize weitgehend verzichtet. Nimmt man noch das wenig wissenschaftsfreundliche deutsche Stiftungsrecht hinzu, ergibt dies alles geradezu ein Syndrom der Unterdrückung privater Forschungsförderung (DFG-Denkschrift, S. 13). Ganz nebenbei: Um so bemerkenswerter und erfreulicher ist es, daß es trotzdem so etwas wie die Stockmeyer Stiftung gibt!

Wie Politiker aller Parteien immer wieder versichern, hat Deutschland in Zeiten der Globalisierung nur dann die Chance, eine der führenden Industrienationen zu bleiben, wenn unsere Stärke in der Ausbildung, der Wissenschaft, der Forschung nicht nur erhalten bleibt, sondern gefördert wird. Bei einer am 2. Oktober in Jena gehaltenen Rede sagte Bundeskanzler Kohl, der Reichtum dieses rohstoffarmen Landes seien seine Menschen. Voraussetzung für neue Arbeitsplätze und die Sicherung von Wohlstand und sozialer Stabilität seien innovative Höchstleistungen. Deutschland müsse sich mehr denn je zu Leistungseliten bekennen, benötige eine neue Kultur der Selbständigkeit. Aber leider scheint sich in der Politik niemand für die Beseitigung der Forschungshemmnisse zu interessieren, die innovative Höchstleistungen erschweren und die das Gegenteil einer Kultur der Selbständigkeit sind.

Lassen Sie mich noch einige eigene Erfahrungen wiedergeben. Als ich 1965 meine Tätigkeit an der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung begann, waren von 100 Mitarbeitern 5 in der Verwaltung tätig. Heute kommen in der inzwischen zur Bundesforschungsanstalt für Ernährung umbenannten Institution auf 100 Mitarbeiter 10 Kräfte in der Verwaltung. Gleichzeitig hat die Belastung der Wissenschaftler und Techniker mit administrativen Tätigkeiten enorm zugenommen. Ich möchte dies mit einem konkreten Beispiel illustrieren. In den Laboratorien tätigen Mitarbeitern mußten aufgrund bestehender Vorschriften folgende Funktionen übertragen werden: Abfallbeauftragter, Abwasserbeauftragter, Tierschutzbeauftragter, Betäubungsmittelbeauftragter, Frauenbeauftragte, Strahlenschutzbeauftragter, Giftstoffbeauftragter, Fachkraft für Arbeitssicherheit, Beauftragter für biologische Sicherheit, Beauftragter für Schwerbehindertenangelegenheiten, Vertrauensfrau für Schwerbehinderte, Vertrauensfrau für das Sozialwerk der Inneren Verwaltung des Bundes. Unter den Mitarbeitern der Verwaltung und des Technischen Dienstes gibt es außerdem noch einen Fortbildungsbeauftragten, einen Energiebeauftragten und einen Datenschutzbeauftragten. Für jeden muß ein Stellvertreter benannt werden. Hinzu kommen für die jeweils in den örtlichen Personalrat, den Hauptpersonalrat, den Sicherheitsausschuß und einige weitere Gremien gewählten Mitarbeiter zeitaufwendige Sitzungen und die Vorbereitung auf diese Sitzungen. Die Beauftragten haben auf ihren Schreibtischen die einschlägigen Gesetze und Verordnungen stehen, die sie studieren sollen, um zu wissen, was ihre Aufgabe ist. Sie müssen zu Fortbildungsveranstaltungen geschickt werden, müssen Karteien und Statistiken führen (auch wenn dies heutzutage mit Hilfe von Computern geht - es kostet Zeit), Formulare ausfüllen und

Landes- und Bundesbehörden Auskünfte erteilen. Die Zeit, die sie dafür aufwenden, geht der Forschung verloren. Institute, die gute Forschungsarbeit leisten könnten, wenn man sie selbstverantwortlich handeln ließe, sind mehr oder weniger damit beschäftigt, sich selbst zu verwalten und sich, ihre Mitarbeiter und die Umwelt gegen vielerlei mehr oder weniger imaginäre Gefahren zu sichern.

Forschung und Wissenschaft ersticken so immer mehr im täglichen Kleinkram. Als Institutsleiter ist man ständig vor die Entscheidung gestellt, entweder die Forschung zu vernachlässigen oder sich um die zeitraubenden bürokratischen Vorschriften möglichst wenig zu kümmern - auf die Gefahr hin, eines Tages wegen Nichtbeachtung bestehender Gesetze belangt zu werden. Meine Erfahrungen gelten nicht nur für die Bundesforschungsanstalten. Im Kernforschungszentrum Karlsruhe wurde vor einigen Jahren tatsächlich ein hauptamtlicher „Beauftragter für die Beauftragten“ ernannt, weil man hoffte, auf diese Weise einen Überblick gewinnen zu können, wer in dieser Großforschungseinrichtung womit beauftragt ist. An den Universitäten sieht es nicht anders aus. Der Kanzler der Universität Karlsruhe, Gerhard Selmayr, wurde in der FAZ vom 27. Juni mit dem Ausspruch zitiert: „Wenn ich nach den Buchstaben der sich jagenden Verordnungen und Erlasse verführe, müßten wir die halbe Universität schließen“. Die Botanik-Professoren Axel Brennicke und Wolf Frommer von den Universitäten Ulm und Tübingen schrieben am 12. September in der FAZ unter der Überschrift *Ein Nachruf auf die Wissenschaft an deutschen Universitäten* über aufgeblähte Verwaltungen und sinnlose Transfer- und Auswertungsbehörden an den Universitäten. Ich möchte nur einen Satz aus diesem Klagelied zitieren: „Wer Licht an der Universität haben will, bezahlt tunlichst die Glühbirne aus seiner eigenen Tasche, da die Kassenschlange im Supermarkt selbst zur Weihnachtszeit schneller vorankommt als die Formularwirtschaft, die telefonischen und schriftlichen Rückfragen samt schließlich Ablehnung wegen falscher Kugelschreiberfarbe.“ Wenn es unter diesen Umständen gelegentlich doch innovative Höchstleistungen gibt, ist das schon fast ein Wunder.

Wie die erwähnte DFG-Denkschrift und zahlreiche weitere Papiere zeigen, z.B. die Stellungnahme *Mehr Innovationen aus Deutschland* des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom Mai 1995, sind die Probleme erkannt. Mit dem Erkennen der Probleme ist es jedoch nicht getan. Sie müssen auch gelöst werden. Hier sind die Politiker gefordert - ebenso wie die Medien, ohne deren förderndes Mitwirken ein Um

denken in der Wissenschaftspolitik kaum möglich sein wird. Viele unnötige Hindernisse hat die Politik in den letzten Jahrzehnten der Wissenschaft bei ihrem Wettlauf nach der Wahrheit in den Weg gestellt - in Deutschland ungleich viel mehr als anderswo. Möge sich dies in den kommenden Jahren ändern! Die gewünschten innovativen Höchstleistungen werden dann nicht ausbleiben. Es geht nicht primär um mehr Geld für die Forschung. Es geht um mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstverantwortung, weniger Knebelung durch kleinliche Vorschriften. Und es geht um mehr Respekt vor der Wahrheit.

Der forschende Wissenschaftler, ob er sich mit Fragen der Lebensmittelsicherheit beschäftigt oder mit anderen Themen, sieht sich gern im Wettlauf mit der Wahrheit. Sie ist ihm immer etwas voraus. Immer wenn er einen Zipfel der Wahrheit erreicht hat, muß er erkennen, wie bruchstückhaft, wie unvollständig das Erreichte ist. Daß Wissenschaftler bei diesem Wettlauf auf Abwege geraten können, ist bekannt. Mancher läuft Illusionen nach, die er für Wahrheiten hält. Es gibt leider auch Betrug in der Wissenschaft, wie sich kürzlich in Deutschland gezeigt hat. Aber auch in der Wissenschaft haben Lügen kurze Beine. Auf Dauer kann nur die Wahrheit bestehen.

Mozart - um neben Politikern und Wissenschaftlern zum Schluß noch einen Musiker zu Wort kommen zu lassen - berichtete in einem Brief an seine Schwester Maria Anna über die Fertigstellung seiner wunderbaren D-dur-Sonate für zwei Klaviere und beendete diesen Bericht mit dem Satz: „Die Kenner werden befriedigt sein - und die anderen werden es gut finden.“ Beim Blick in diesen Saal sehe ich nur Kenner; manche von ihnen werden von meiner Sonate in d-moll gar nicht befriedigt sein. Wenn das so ist, haben wir gute Voraussetzungen für eine lebhaftige Diskussion.

Christian Wulff, MdL

Das Verhältnis von Politik und Wissenschaft zur Erreichung von Lebensmittelsicherheit – Anforderungen aus der Sicht der Politik

Wenn es um die Sicherheit unserer Lebensmittel und damit um die eigene Ernährung geht, wird der Verbraucher immer kritischer. Er erwartet, daß Lebensmittel gesundheitlich unbedenklich und frei von Mängeln sowie ernährungsphysiologisch hochwertig und möglichst naturbelassen sind.

Viele Verbraucher sind, was diese Eigenschaften betrifft, zunehmend verunsichert. Sie wissen nicht, wie sie sich richtig ernähren sollen und befürchten, daß moderne Verfahren der Lebensmittelbe- und -verarbeitung zu einer Verschlechterung der Qualität von Lebensmitteln geführt haben. Über 80% der Verbraucher fühlen sich, so das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, nach den Ergebnissen einer repräsentativen Umfrage, zumindest bei einigen Lebensmitteln, verunsichert. Ein Viertel vermag keine Lebensmittel zu nennen, die ihm unter Gesundheitsaspekten unbedenklich erscheint. Ebenso wächst der Anteil von Verbrauchern, der vermutet, daß von Lebensmitteln gesundheitliche Gefährdungen ausgehen. So meinen z.B. 50% der Bundesbürger in einer repräsentativen Stichprobe: Lebensmittel könnten gesundheitsgefährdend sein. Vor 20 Jahren glaubten dies lediglich 20% der Befragten.

Das Ausmaß des Mißtrauens ist allerdings nicht bei allen Produkten gleich. Fleisch und Fleischprodukte werden z.B. deutlich kritischer gesehen als Obst und Gemüse. Bedingungen, wie die Tiere gehalten, transportiert und geschlachtet werden, sind oft kaufentscheidend und führen mitunter zur Kaufverweigerung.

Besonders skeptisch stehen Verbraucher auch den als unnatürlich empfundenen hochtechnisierten industriellen Verarbeitungsprozessen von Lebensmitteln gegenüber. Insbesondere moderne Verfahren, wie die Gentechnik und die Bestrahlung, werden von der Mehrzahl der Verbraucher zurückhaltend beurteilt, zumeist sogar abgelehnt. Für die Verbraucher ist es zugegebenermaßen immer schwieriger, den Herstellungsprozeß eines Lebensmittels aus seinen Ausgangsprodukten nachzuvollziehen. Deshalb müssen sie sich um so mehr auf das Funktionieren der Produktionsabläufe und auf das Kontrollsystem verlassen können.

Ökologische und ethische Kriterien spielen für Kaufentscheide zunehmend eine Rolle. Agrarprodukte sollen möglichst naturnah und tiergerecht erzeugt, schonend bearbeitet und naturbelassen sein. Speziell gekennzeichnete Lebensmittel aus ökologischem Anbau, aus kontrollierter Erzeugung oder aus der Region werden zunehmend nachgefragt.

Die Gründe für den Vertrauensschwund sind vielschichtig: So haben Lebensmittelskandale und Einzelfälle illegaler Praktiken das Vertrauen der Verbraucher nachhaltig erschüttert. Verstärkt wird dies durch eine unzureichende Kenntnis über die Technologie der Lebensmittelverarbeitung und Zweifel an der Herkunft der Produkte. Hinzu kommt, daß die moderne Lebensmittelproduktion im Zusammenhang mit einem gestiegenen Umweltbewußtsein und einer weitverbreiteten ambivalenten Einstellung gegenüber moderner Technik und Chemie kritisch bewertet wird. Auch der gewachsene Abstand der Verbraucher zur landwirtschaftlichen Urproduktion spielt hier eine nicht zu unterschätzende Rolle. Geradezu erschütternd ist für mich in diesem Zusammenhang das Beispiel aus einer Grundschulklasse in Hamburg. Auf die Frage, woher wir unsere Milch haben, konnte fast ein Drittel der Schüler entweder überhaupt keine Antwort geben oder es wurden die Namen von Supermärkten aufgeführt. Derartige Erfahrungen sollten allemal Anlaß sein, Besichtigungen landwirtschaftlicher Betriebe zu Pflichtveranstaltungen der Schulen zu machen.

Schließlich will ich auch auf das teilweise unrealistische Bild hinweisen, das die Werbung über die Lebensmittelproduktion vermittelt. Die Produktion wird dabei oftmals in die Idylle des letzten Jahrhunderts gerückt. Dem Verbraucher wird suggeriert, nur diese Art der Produktion garantiere eine Ursprünglichkeit, die mit der gesundheitlichen Unbedenklichkeit von Lebensmitteln gleichgesetzt wird.

Wir wissen es heute alle viel zu gut: Gerade was Gesundheit und die Sicherheit der Lebensmittel angeht, war das Beste an der guten alten Zeit, daß wir sie nicht selbst mitmachen mußten.

In diesem Zusammenhang noch ein weiterer Punkt: Auch wenn ich hier um die Anwesenheit von Medienvertretern weiß, sage ich dies ganz freimütig: Die Verunsicherung der Verbraucher ist zuweilen auch durch einseitige Medienberichte noch verstärkt worden.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Gentechnik zurückkommen. Gentechnik und Biotechnologie bieten die Chance zu neuen Erfolgen im Bereich der Therapie von Krankheiten, können einen Beitrag für den Bio-Umweltschutz leisten, ermöglichen neue Produkte und Verfahren in der Rohstoff- und Energieversorgung und eröffnen zudem ein neues Potential in der Pflanzenzüchtung und Nahrungsmittelerzeugung (längere Haltbarkeit, niedriges Allergierisiko und geringere Umweltbelastung). Ich sage in diesem Zusammenhang aber auch noch einen anderen Gesichtspunkt: Nach Schätzungen der Welternährungsorganisation FAO muß die Nahrungsmittelproduktion in den nächsten 30 Jahren weltweit um 75 % gesteigert werden, um mit dem Bevölkerungswachstum Schritt zu halten. Flächenreserven gibt es aber kaum noch. Armut und Existenznot zwingen die Menschen in Südostasien und Südamerika zum Raubbau an Böden und Brennholzressourcen. Pro Minute verschwinden weltweit 29 Hektar Wald. Eine ökologische Katastrophe! In vielen Regionen der Welt geht Tag für Tag wertvolles Ackerland verloren. Zur Sicherung der Welternährung müssen deshalb die Flächenerträge weiter gesteigert werden. Und dazu brauchen wir Nutzpflanzen mit einem hohen und stabilen Ertragspotential, die zugleich geringe Wachstumsansprüche stellen, die also z.B. auch auf wasserarmen und versalzten Böden noch gedeihen. In diesem Wettlauf zwischen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion und Bevölkerungswachstum ist eine verantwortlich genutzte Biotechnologie eine unverzichtbare Hilfe.

Auch wenn sich die Zahl der deutschen Biotechnologieunternehmen in diesem Jahr von 150 auf 300 verdoppelt haben, auch wenn die Branche im Jahr 2000 voraussichtlich rd. 110.000 Arbeitsplätze bieten wird (1996 waren es 40.000) und auch wenn gleichzeitig nach Einschätzung der Fachleute der Weltumsatz mit Biotechnologieprodukten von derzeit 94 Mrd auf 185 Mrd DM im Jahr 2000 ansteigen wird, so sind wir doch gegenüber der erfolgreichsten Biotechnologienation USA stark ins Hintertreffen geraten und haben die enorme Dynamik dieser Technologie nicht in dem möglichen Umfang ausgenutzt. Es ist sogar so, daß wegen der starken Aversion in der Bevölkerung und der heftigen Agitation von Ideologen die Branche – nachdem in Deutschland die Grundlagenforschung betrieben wurde - große Teile ihrer Produktion und Forschung ins Ausland verlagert hat. Die Bevölkerung reagiert hier immer noch sehr emotional. Ich meine, wir sollten uns hier einmal darauf besinnen, daß Lebewesen seit rd. 10.000 Jahren gezielt genutzt werden – bei der

Tier- und Pflanzenzucht oder beim Brot und Wein unbestreitbar zum Wohle der Menschheit. Es ist dabei keine Frage, daß es heute zugegebenermaßen um die direkte Veränderung von Erbanlagen oder das Klonen, also das Reproduzieren von Lebewesen, die Plasmide oder Virusresistenzen geht. Hier ist Überzeugungsarbeit sehr schwer geworden. Dabei ist auch keine Frage, daß Risiken nicht heruntergespielt werden dürfen. Wer aber das Nullrisiko zum Maßstab erhebt, wird sich generell gegen Gentechnik und Biotechnologie entscheiden müssen. Eine ausreichend geförderte Sicherheitsforschung, eine Abschätzung von Minimierung der Risiken, eine breite, politisch erkennbar gestützte Information und Aufklärung der Menschen können aber erreichen, daß aus Transparenz Akzeptanz für moderne Zukunftstechnologien erwächst.

Hier gibt es oftmals ein sehr merkwürdiges Bild: Gerade diejenigen, die mit ihrem Totalitätsanspruch bei der Verhinderung der Gentechnik und Biotechnologie geradezu einen Kreuzzug angetreten haben, sind es oft, die andererseits auf die Segnungen unseres Wohlstandes nicht verzichten mögen. Und diese Segnungen, auf die wir ja zu Recht stolz sind, sind ja oft nur durch Entwicklungen und Forschungen zustande gekommen, weil Menschen bereit waren, wagemutige Entscheidungen zu treffen und auch gewisse Risiken einzugehen. Ich erinnere hier nur an die Erfindung der Eisenbahn. Wenn man sich damals nach den Warnungen einiger Ärzte gerichtet hätte, die wegen der im Vergleich zu Pferdekutschen höheren Geschwindigkeit der Eisenbahn gesundheitliche Schäden für den Menschen voraussagten, hätte es schon 1835 keine Eisenbahnen mehr geben dürfen.

Da, wo Sachlichkeit und Aufklärung geboten ist, tritt leider oft Einseitigkeit bis hin zur Panikmache, die die Menschen weiter verunsichert. Dies führt dann zu Ängsten in der Bevölkerung, die mittlerweile zu einem politischen Faktor geworden sind. Es entstehen Ängste vor allem, was in unserer komplizierten Welt nicht mehr plausibel und überschaubar erscheint und was sich, so mein Eindruck, der eigenen Verwirklichung scheinbar entgegenstellt.

Es geht dabei nicht nur um Bio- und Gentechnologie, es ist genauso bei der Chemischen Industrie, bei neuen elektronischen Möglichkeiten oder Zukunftstechnologien wie z.B. den Transrapid. Diese Ängste aber führen geradezu zu einer politischen

Lähmung, die uns daran hindert, notwendige Zukunftsentscheidungen zu treffen. Bei uns sind diese Ängste vor neuen Entwicklungen, vor möglichen Veränderungen in der Gesellschaft mittlerweile derart ausgeprägt, daß im Ausland hier von einer typisch deutschen Eigenart gesprochen wird. In amerikanischen Wirtschaftskreisen ist der Begriff von der „German-Angst“ ein Begriff geworden. Wenn wir hier nicht anfangen, dieses Phänomen aufzuklären und an uns selbst zu arbeiten, dann trägt diese - jede neue Entwicklung neugierende - Grundhaltung weiter dazu bei, daß Zukunftstechnologien in Japan, in den USA oder sonstwo vorangebracht und umgesetzt werden, weil dort die Dinge realistischer beurteilt werden. Wenn wir diese übertrieben ängstliche und zögerliche Grundhaltung nicht aufgeben, werden wir bald unter den Industrienationen zum Absteigerland Nr. 1 werden. Hier haben wir jedenfalls alle, ob Politik, Wirtschaft oder Wissenschaft eine Herkulesaufgabe zu lösen, damit wir die Verhältnisse wieder so beurteilen, wie sie tatsächlich sind.

Damit wäre ich bei der Verbraucherpolitik, deren wichtigste Aufgabe es nun mal ist, die Verbraucher vor gesundheitlichen Risiken und vor Täuschung zu schützen. Aufgabe der Politik und des Staates ist es dabei, die erforderlichen rechtlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und deren Einhaltung konsequent zu überwachen. Dabei ist uns vor allem auf Grund der BSE-Erfahrungen wieder deutlich geworden, daß der Verbraucherschutz national und international absolute Priorität haben muß. Für die Zukunft wird es entscheidend sein, daß alle am Markt Beteiligten mit dazu beitragen, die Sicherheit der Lebensmittel nicht nur zu gewährleisten, sondern insbesondere das Vertrauen der Bevölkerung in diese Sicherheit zu festigen und zurückzugewinnen. Der Politik, aber auch der Wissenschaft, kommt hier eine wichtige Mittlerrolle, vor allem zwischen den Erzeugern und Verbrauchern zu.

Die Verbraucheraufklärung wird dabei auch künftig eine zentrale Aufgabe bleiben. Auf Grund der staatlich geförderten Verbraucheraufklärung soll der Konsument in die Lage versetzt werden, das Lebensmittelangebot zu bewerten und die für seinen persönlichen Bedarf richtige Wahl zu treffen. Der Verbraucher muß auch über die Fortentwicklung und Anpassung von Rechtsvorschriften an neue wissenschaftliche Erkenntnisse, an Mindestqualitäten und spezielle Qualitätsanforderungen informiert werden. Dies wird zunehmend wichtiger, weil hier ein deutlich gestiegenes Interesse in der Bevölkerung festzustellen ist.

Ich bin der grundsätzlichen Überzeugung, daß staatlich geförderte Institutionen wie z.B. der Auswertungs- und Informationsdienst für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten e.V. (AID), die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE), die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und die Verbraucherzentralen mit ihren Beratungsstellen in den Ländern eine durchweg gute Arbeit leisten. Auch bundesweite Gemeinschaftsaktionen (mit den Themen u.a. „Fleischqualität auf dem Prüfstand“, „Verbraucher-information auf dem Brotmarkt“, „Werbung im Lebensmittelbereich – ökologisch erzeugte Lebensmittel“ und „Richtig ernährt von Anfang an“) waren durchaus erfolgreich. Gleichwohl bin ich der Meinung, daß wir hier noch mehr tun müssen, um vor allem noch „näher“ beim Bürger zu sein. Aufklärungsarbeit über die Erzeugung und Verarbeitung von agrarischen Erzeugnissen könnten noch gezielter z.B. durch Landvolkverbände oder durch den Handel selbst erfolgen. Beeindruckend ist hier immer wieder die „Gläserne Theke“ des Schlachters, der seinen Kunden anbietet, die landwirtschaftlichen Betriebe zu besichtigen, die ihn beliefern. Hier wird der Herkunftsnachweis einschließlich Haltungsbedingungen, Schlachtbedingungen etc. überzeugend belegt. Ich meine, daß wir hier durchaus noch mehr machen können. Ich meine, wir müßten auch die Verbraucher verstärkt mit den Verarbeitungsvorgängen in der Ernährungsindustrie konfrontieren. Immerhin sind rd. 80% aller Lebensmittel auf dem Markt verarbeitet. Der Verbraucher muß hier wissen, daß die Konstanz und Sicherheit der Versorgung erst durch Verfahren der Haltbarmachung gewährleistet ist. Nur dadurch ist es möglich, daß so viele verschiedene Produkte rund ums Jahr den Verbrauchern zur Verfügung stehen. Manche hygienischen und toxikologischen Gefahren, die von unbearbeiteten Lebensmitteln ausgehen können, werden erst durch die entsprechende Verarbeitung eingeschränkt bzw. ausgeschaltet.

Politik gegenüber dem Verbraucher bedeutet aber auch, die Lebensmittelqualität entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen ständig zu verbessern. Die Wissenschaft und Forschung leistet hier eine unverzichtbare Hilfe bei der Gestaltung von Hygienevorschriften und Rechtsnormen für Lebensmittel in Deutschland und in der EU, aber auch bei der Erarbeitung internationaler Lebensmittelstandards, wie z.B. Codex Alimentarius und der Überwachung der Umweltradioaktivität. Mit der Entwicklung von Analysemethoden hat die Forschung in der Vergangenheit wesentliche Beiträge zur Aufdeckung unerlaubter Praktiken bei der Gewinnung und Verar

bereitung von Lebensmitteln geleistet. Die Politik ist auf die Ergebnisse der Forschungsinstitute angewiesen, wenn es darum geht, z.B. einheitliche Methoden festzulegen, um Inhaltsstoffe zu bestimmen und Herstellungs-, Bearbeitungs- und Verpackungsverfahren zu kontrollieren, wenn es darum geht, Lebensmittel unter ernährungsphysiologischen Gesichtspunkten zu bewerten, wobei sich mit der gesundheitsfördernden Wirkung von Inhaltsstoffen und den Vor- und Nachteilen neuartiger Verfahren, wie z.B. gentechnisch hergestellter Lebensmittel, auseinandergesetzt wird. Die Wissenschaft führt unverzichtbare hygienische und toxikologische Untersuchungen über die Wirkungsweise von Krankheits- und Verderbniserregern (z.B. Salmonellen, Lysterien) in Lebensmitteln durch und erarbeitet Lösungen zu ihrer Vermeidung. Bei mikrobiologischen Untersuchungen geht es darum, den Gebrauch von Zusatzstoffen zu vermindern und die gesundheitsfördernde Wirkung von Lebensmittelinhaltsstoffen zu verstärken.

Die Vielzahl von Forschungsinstitutionen auf Bundesebene, auf Landesebene und privaten Einrichtungen bringen naturgemäß Reibungsverluste mit sich. Die Politik ist hier gefordert, auch innerhalb der EU eine größere Transparenz über laufende und künftig geplante Forschungsvorhaben anzustreben. Es darf m.E. schon aus Kostengründen nicht mehr sein, daß heute noch mitunter mehrere Einrichtungen parallel die gleichen Arbeiten zur Erreichung eines Forschungsziels durchführen, ohne daß man sich darüber überhaupt austauscht. Ich wünschte mir auch, daß die für die Verbraucher äußerst wichtigen wissenschaftlichen Forschungsergebnisse und daraus resultierende Empfehlungen noch schneller und gezielter von dem jeweiligen Institut bekanntgegeben werden könnte. So hat es meines Wissens im Zusammenhang mit dem Problem von EHEC-Infektionen bei uns in Niedersachsen erhebliche Irritationen gegeben, die auch zu unterschiedlichen Bewertungen zwischen dem Umweltministerium und Landwirtschaftsministerium geführt haben. Die dadurch entstehende Unsicherheit wäre vermeidbar gewesen, wenn hier die wissenschaftlichen Erkenntnisse frühzeitiger bekannt gewesen wären.

Ungeachtet des Trends zu mehr Natürlichkeit, Frische und Qualität wollen oder können aber auch viele Verbraucher nicht auf bestimmte Annehmlichkeiten verzichten. Nicht zuletzt durch die zunehmende Berufstätigkeit von Frauen und einen größeren Anteil an Single-Haushalten ist die Nachfrage nach Convenience-Produkten, die

vorgefertigt oder schon verzehrfertig sind, gewachsen. Für Forschung und Entwicklung sind die skizzierten Trends eine Herausforderung, Verfahren und Produkte zu entwickeln, die einerseits schonend verarbeiten, andererseits aber auch qualitativ hochwertig und sicher sind. Moderne Verfahren und eine konsequente geplante und überwachte Betriebshygiene erlauben es inzwischen, den Verbrauchern eine breit gefächerte Palette schonend verarbeiteter Lebensmittel anzubieten. Dies gilt sowohl für Erzeugnisse tierischen Ursprungs als auch für Produkte, aus pflanzlichem Rohmaterial hergestellt werden. Andererseits wissen wir hier aber auch, daß noch großer Forschungsbedarf besteht, denn minimal verarbeitete Lebensmittel bieten nicht nur Vorteile. Bei unsachgemäßer Zubereitung bergen sie hohe hygienische Risiken. Außerdem besteht die Gefahr, daß antinutritive Substanzen nur unzureichend inaktiviert werden. Ein steter internationaler Meinungsaustausch ist erforderlich, um die Vorteile der schonenden Verarbeitung zu erkennen und Probleme dieser Verarbeitungsverfahren zu minimieren.

Im übrigen, das sage ich auch in Kenntnis der knappen finanziellen Ressourcen, können wir es uns angesichts des noch erheblichen Forschungsbedarfes am wenigsten erlauben, bei Wissenschafts- und F + E-Ausgaben zu sparen. Die Ernährungsforschung ist elementarer Vorsorgebereich, bei dem wir auf Bundes- und Landesebene alles tun müssen, um unsere Einrichtungen sehr gut, wenn nicht optimal auszustatten.

Wir alle wissen, daß ein Netzwerk von Gesetzes und Verordnungen dafür sorgt, daß unsere Lebensmittel gesundheitlich unbedenklich und so unbelastet wie nur möglich sind. Durch die Rechtsetzung und durch die amtliche Lebensmittelkontrolle werden die Voraussetzungen dafür geschaffen,

- daß Gefahren durch Lebensmittel vermieden werden,
- diese möglichst frei von Mängeln und unerwünschten Stoffen und
- hygienisch einwandfrei sind.

Lebensmittel und Verbraucherschutz in Europa kennen heute keine nationalen Grenzen mehr. Seit der Vollendung des Europäischen Binnenmarktes 1993 ist der Verbraucherschutz bei Lebensmitteln in Deutschland und im gesamten Gebiet der Europäischen Union erfreulicherweise weitgehend durch einheitliche Vorschriften geregelt. Die EG-Harmonisierung hat insgesamt viele Verbesserungen für Wirtschaft

und Verbraucher gebracht, z.B. bei der Lebensmittelkennzeichnung, der amtlichen Lebensmittelüberwachung, im Hygienebereich und bei neuartigen Lebensmitteln. Bei dem notwendigen Anpassungsprozeß mußten auch Kompromisse eingegangen werden: Z.B. nahmen bei Milchprodukten, Zahl und Menge der Konservierungstoffe zu, die zwar gesundheitlich unbedenklich sind, aber aus deutscher Sicht nicht unbedingt notwendig wären.

Dennoch gibt es, gerade was die EU angeht, Handlungsbedarf. Mit der Vorlage des Grünen Buches durch die Europäische Kommission über allgemeine Grundsätze des Lebensmittelrechts beabsichtigt die Kommission, sich auf dem Gebiet des Lebensmittelrechts neu zu orientieren, wobei die weitere Straffung und Vereinfachung der bestehenden Regelungen ausdrücklich zu begrüßen ist. Dafür ist es aus unserer Sicht erforderlich, zu den bestehenden Regelungen auf Gemeinschaftsebene, die historisch bedingt aus Normen zur Vermeidung technischer Handelshemmnisse gewachsen sind, eine Dachregelung für das Lebensmittelrecht – insbesondere für den Bereich Gesundheitsschutz, aber auch hinsichtlich des Irreführungs- und Täuschungsschutzes – zu schaffen, die in ihrer Systematik dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz entspricht. Mit dem Grünen Buch wird weiter den Mitgliedstaaten die Möglichkeit eingeräumt, auf die Gestaltung des Lebensmittelrechts in der EU Einfluß zu nehmen. Dies darf aber keine einmalige Aktion bleiben. Aus unserer Sicht ist es erforderlich, im EG-Vertrag ein Initiativrecht der Mitgliedstaaten zu schaffen, das es diesen ermöglicht, unabhängig von den Aktivitäten der Kommission Rechtsakte im Rat einzubringen. Die Möglichkeit der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung des Gemeinschaftsrechts, initiativ tätig zu werden, dürfen nach unserer Überzeugung denen der Länder auf Bundesebene nicht nachstehen.

Bedenklich erscheinen die Bemühungen der Kommission, zunehmend Gemeinschaftsdienststellen für Überwachungsaufgaben einzurichten. Wir halten über die bestehenden und bereits beschlossenen Institutionen hinaus auf dem Gebiet des Lebensmittelrechts keine weiteren Einrichtungen für erforderlich. Die Lebensmittelüberwachung muß Aufgabe der in den Mitgliedstaaten zuständigen Behörden bleiben. Dagegen muß eine Kontrolle, ob die Behörden ihren Aufgaben nachkommen, der Kommission jederzeit grundsätzlich möglich sein, wobei die Kommission bei Vorliegen von Verdachtsmomenten aus unserer Sicht konsequenter durchgreifen müßte. Die Kommission müßte bei im Zusammenhang mit Lebensmitteln

aufzutretenden Fälle ernsthafter oder unmittelbarer Gesundheitsrisiken besser und effektiver reagieren können. Es wäre erheblich sinnvoller, wenn bei EU-weiter Vermarktung eines Lebensmittels und einer damit verbundenen Gesundheitsgefährdung schon die EU-Kommission alle Mitgliedstaaten informiert und eine öffentliche Warnung initiiert. In diesem Zusammenhang erinnere ich an die katastrophalen Auswirkungen der BSE-Krise. Bevor hier die EU den Export stoppte und ein Verarbeitungsverbot britischer Rinder und Rinderprodukte verhängte, kam es wegen unterschiedlicher nationaler Reaktionen zu erheblichen Verzögerungen und Irritationen. Die deutschen Verbraucher haben, wie bereits erwähnt, auf die viel zu spät eingeleiteten und von ihrem Umfang her unzureichenden Maßnahmen der Briten mit Verunsicherung und Kaufenthaltung reagiert, ohne Rücksicht auf die Herkunft des Rindfleisches. Der Rindfleischmarkt ist völlig zusammengebrochen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, wie wichtig eine frühzeitige internationale Konsensfindung über Risiken und daraufhin zu treffende Maßnahmen ist. Die Bekämpfung der Rinderseuche BSE hat aber auch deutlich gemacht, welche Vollzugsdefizite noch bei der Überwachung vorhanden sind. Hier haben etliche Mitgliedstaaten noch ihre Hausaufgaben zu machen. In Zeiten knapper Haushaltsmittel kommt es hier in erster Linie darauf an, die Effizienz der Überwachung zu erhöhen, um mit der Vielzahl der wachsenden Aufgaben Schritt zu halten. Auch wenn gegen kriminelle Machenschaften von sogenannten schwarzen Schafen kaum etwas unternommen werden kann, so haben die Vorgänge bei der BSE-Seuche doch die Erkenntnis gebracht, daß die Exportverbote britischen Rindfleisches und zweifelhafte Importe aus Drittländern nach Deutschland strenger hätten überwacht werden müssen. Die Bestrebungen der Europäischen Kommission, die Zurückverfolgbarkeit auf alle Produkte tierischen Ursprungs auszuweiten, so daß die Herkunft dieser Produkte nachvollziehbar ist, sollte umgehend und uneingeschränkt umgesetzt werden.

Lassen Sie mich auch zu den neuen WTO-Abkommen sagen, daß es oberstes Ziel sein muß, bei allen weiteren Verhandlungen das hohe Niveau des Gesundheits- und Verbraucherschutzes der EU beizubehalten. Es bestehen nämlich für die weiteren Verhandlungen durchaus Gefahren, die sich z.B. aus unterschiedlicher wissenschaftlicher Betrachtungsweise bestimmter Probleme für den freien Warenverkehr ergeben können. Gerade das Beispiel BSE hat gezeigt, zu welcher unterschiedlichen wissenschaftlichen Einschätzungen verschiedene Toxikologengruppen kommen können, so

daß letztlich das resultierende Verwaltungshandeln doch wieder zu Handelshemmnissen einerseits oder aber zu einer schmerzlichen Absenkung des Niveaus von Gesundheits- und Verbraucherschutz andererseits führen kann.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur bundeseinheitlichen Lebensmittelhygieneverordnung sagen. Ich denke, daß wir mit der Umsetzung der Lebensmittelhygienerichtlinie der EU auch innerhalb Deutschlands die Transparenz des Lebensmittelrechts verbessert haben und die Wirtschaft durch die vollständige Vereinheitlichung der Anforderungen an die Betriebsstätten und Geräte zum Umgang mit Lebensmitteln verbesserte Rahmenbedingungen erhalten hat. Dennoch gibt es Kritik an dieser Verordnung wegen der Vielzahl unbestimmter Rechtsbegriffe, die wegen unterschiedlicher Auslegung zu einer im Grundsatz vermeidbaren Belastung der Gerichte führen dürfte. Es fehlt weiter an konkreten Temperaturanforderungen an Umgang und Lagerung hygienisch empfindlicher Lebensmittel. Auch die verwaltungsmäßig aufwendige und unzweckmäßige Umsetzung zur Prüfung der Leitlinien auf Konformität mit der Lebensmittelhygienerichtlinie der EU ist zu beanstanden. Hier wird sicherlich noch nachgebessert werden müssen.

Meinen Ausführungen konnten Sie entnehmen, daß ich sowohl im wissenschaftlichen als auch im politischen Bereich erhebliche Potentiale zur Erreichung einer höheren Lebensmittelsicherheit sehe. Dabei dürften alle spürbaren Verbesserungen zur Erreichung von Lebensmittelsicherheit von Forschungsinstituten naturgemäß sehr viel mehr Zeit in Anspruch nehmen als die mehr pragmatischen Schritte, die im politisch-administrativen Bereich möglich und erreichbar sind. Dafür werde ich mich einsetzen.

Referenten

Michael Opoczynski

Redaktionsleiter WISO, Zweites Deutsches Fernsehen (ZDF), Mainz

Olaf Arndt

Geschäftsführender Partner, Kohtes & Klewes Public Relations GmbH,
Düsseldorf

Professor Dr. Heiko Steffens

Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände e.V., Bonn

Dr. Werner Henning

Leiter des Chemischen Untersuchungsinstituts Bergisches Land, Wuppertal

Professor Dr. Johannes Friedrich Diehl

em. Direktor der Bundesforschungsanstalt für Ernährung, Karlsruhe

Christian Wulff, MdL

Vorsitzender der CDU-Niedersachsen und der CDU-Landtagsfraktion,
Hannover

Moderation

Dr. Matthias Horst

Hauptgeschäftsführer des Bundes für Lebensmittelrecht
und Lebensmittelkunde e.V., Bonn

STOCKMEYER STIFTUNG FÜR LEBENSMITTELFORSCHUNG - ZIELE UND AUFGABEN -

Die Stockmeyer Stiftung für Lebensmittelforschung wurde 1994 von der Unternehmensgruppe Stockmeyer als eine gemeinnützige Stiftung mit Sitz in Sassenberg errichtet. Sie untersteht der Stiftungsaufsicht der Bezirksregierung Münster.

Zweck der Stiftung ist die Förderung und Unterstützung der wissenschaftlichen Lebensmittelforschung jeglicher Art und angrenzender Forschungsgebiete, insbesondere die Erforschung und Untersuchung von Ursachenzusammenhängen in den Bereichen der Landwirtschaft, Rohstoffe und Umwelt, der Produktion, Transformation und Veredelung sowie der Verpackung, Logistik und Distribution. Es ist ein ausdrückliches Anliegen der Stiftung, die erzielten Ergebnisse einer möglichst breiten Öffentlichkeit und vor allem den direkt Beteiligten zugänglich zu machen.

Erklärtes Förderungsziel der Stiftung ist somit die systematisch-methodische Verbesserung der Lebensmittelsicherheit und - damit einhergehend - die Stärkung des Verbrauchervertrauens in die Qualität und Sicherheit von Lebensmitteln. Dieses Ziel will die Stiftung vor allem durch gezielte Unterstützung von Wissenschaft und Forschung erreichen. Es sollen Arbeiten gefördert und Veranstaltungen durchgeführt werden, deren Ergebnisse

- neue Einsichten in die Probleme der Landwirtschaft, Industrie und Handel zeitigen,
- die Notwendigkeit einer neuen Bewertung von Problemen offensichtlich machen und
- praktikable Lösungsansätze beinhalten.
- Diesem Ziel dient in besonderer Weise der „Förderpreis Lebensmittelforschung“.

Organe der Stiftung sind das Kuratorium und der Vorstand. Dem Kuratorium gehören Professor Dr. Lutz Bertling (Vorsitzender), Professor Dr. Erwin Märtlbauer und Herr Professor Dr. Hans-Jürgen Sinell an. Es entscheidet in allen Angelegenheiten der Stiftung von grundsätzlicher Bedeutung, insbesondere über die Förderungstätigkeit im Rahmen des zuvor mit dem Vorstand beschlossenen Projektrahmens. Es gestaltet das Programm von Veranstaltungen, setzt die thematische Ausrichtung

tung des Preises fest und gibt den Gegenstand von Forschungsarbeiten vor. Das Kuratorium trägt somit die Verantwortung für die Ziele und die Konzeption der Fördertätigkeit der Stiftung. Dr. Arno Risken und Heinrich W. Risken bilden den Vorstand.

Bisherige Werkstattberichte:

Werkstattbericht 1: BSE (Bovine Spongiforme Enzephalopathie)

Werkstattbericht 2: Europäisches Lebensmittelrecht -
Praxis, Erfahrungen, Perspektiven -

Weitere Exemplare des Werkstattberichtes können bezogen werden bei:

Stockmeyer Stiftung
für Lebensmittelforschung

Postfach 40

48333 Sassenberg-Füchtorf